

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Das Verhängnis rollt nun schneller

Der 20. Juli wird rot im deutschen Geschichtskalender stehen. Verdientermaßen. Denn für ihn ist so leicht ein Beispiel nicht zu finden. Der geschichtlich bedeutende Tag ließ sich wie ein gewöhnlicher an:

Die preußischen Minister Severing und Hirtlsiefer waren zur Reichsregierung zu einer Unterredung gebeten. Dort erfuhren sie, daß die preußische Regierung abgesetzt und für Preußen der Reichskanzler von Papen als Reichskommissar bestellt sei. Die beiden Minister protestierten, bestritten die Rechtsgültigkeit dieser Maßnahme und erklärten, nur der Gewalt weichen zu wollen. Darauf eine neue Verordnung des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, wodurch der Belagerungszustand über Berlin und Brandenburg verhängt wurde. Dadurch wurden wesentliche politische Grundrechte außer Kraft gesetzt und die vollziehende Gewalt auf den kommandierenden General übertragen. Einige Stunden später erschien der Bevollmächtigte des neuen Reichskommissars, der Essener Oberbürgermeister Bracht, mit einem Offizier bei Severing mit der Aufforderung, sein Amtszimmer zu verlassen, andernfalls Gewalt angewendet werden würde. Dem fügte sich der Minister. Ziemlich gleichzeitig erschien die bewaffnete Macht im Berliner Polizeipräsidium und forderte den Polizeipräsidenten Grzesinski, den Vizepolizeipräsidenten Dr. Weiß und den Polizeioberst Heimannsberg auf, ihr Amt zu verlassen. Als sie sich weigerten, wurden sie verhaftet, dann aber wieder freigelassen.

Das sind, in ein paar Sätze gepreßt, die Geschehnisse des 20. Juli. Man wird zugeben, daß dies allerhand ist für einen kurzen Tag. Und man wird weiter zugeben, daß derartige Eingriffe in die Ordnung eines Staates, wenn überhaupt, nur durch äußerst gewichtige und vollständig einwandfreie Gründe gerechtfertigt sind. Als Gründe gibt die Reichsregierung besonders den an, „es bestehe der begründete Verdacht, daß hohe preußische Dienststellen in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist“. Damit ist, wie man annehmen kann, gemeint, einige preußische Dienststellen seien nicht wirksam genug gegen die Kommunisten vorgegangen. Selbst wenn das tatsächlich der Fall gewesen wäre, so hätte es, wie man meinen möchte, einen viel weniger unheilswangeren Weg der Korrektur gegeben. Man kann darum nicht umhin, zu gestehen, daß andere Gründe als der genannte die drakonischen Maßnahmen bestimmt haben. Dies ist um so wahrscheinlicher, als die getroffenen Maßnahmen auffällig mit dem übereinstimmen, was seit Wochen in der nationalsozialistischen Presse gefordert wird.

Alle Zeichen deuten darauf hin, daß der Streich gegen die Preußische Regierung sorgfältig vorbereitet worden ist. Ob seine Auswirkung ebenso sorgfältig vorbedacht wurde, mag höchst zweifelhaft erscheinen. Auch einer beschränkten Vorstellungskraft will es schier bedünken, daß die Urheber des Streiches, was immer sein Zweck sein soll, eine falsche Rechnung aufgemacht haben. Das deutsche Volk als Ganzes wird auch diese falsche Rechnung seiner herrschenden Schicht mit seinem inneren Frieden und seiner Wohlfahrt zu büßen haben.

Seit mehr als zwei Jahren ist das deutsche Volk nicht aus der Aufregung herausgekommen. Eine Krise hat die andere abgelöst, eine Not wurde auf die andere getürmt. Bald hatte die Regierung, bald die Staatsfinanz, bald die Banken, bald der Kredit, bald irgend etwas anderes eine Krise. Für jede dieser Krisen haben geschäftige Bürokratenhände Notbrücken gezimmert. Eine jede sollte zur Sicherung von Wirtschaft, Finanz und des öffentlichen Friedens führen. Es führte aber jede zu neuen Krisen, zu einer neuen Notverordnung. Hierdurch wurde zwar die kapitalistische Ordnung über eine gefährliche Klippe hinweg, gleichzeitig aber auch noch tiefer in den Sumpf gebracht. Das änderte nichts an der Politik derer, die ein übles Geschick uns als Staatsmänner zugeschoben hatte. Ihre ganze Politik bestand darin, die Unterhaltskosten des immer sicher werdenden Kapitalismus den schwächsten Schultern aufzubürden. Konnten sie überhaupt anders handeln? Als sie dazu nach zweijähriger Quaksalberei einen schwachen Anlauf in Erwägung zu ziehen sich gestatteten, wurden sie glattweg abgedankt. Sie wurden abgelöst von den ausgesprochensten der Ärzte, deren Medizin Volk und Wirtschaft bis auf den Tod krank gemacht hat. Diese Ärzte schreiben und verabreichen nun eigenhändig die Rezepte. Von welcher Art sie sind, hat der 20. Juli jedem offenbart.

Man lasse niemals außer acht, daß die Krisen der Finanz, des Kredits, der Ausfuhr usw. nur die Auswüchse der schweren Krankheit der kapitalistischen Wirtschaft sind. Unsere sogenannten Staatsmänner haben wohl so, wie es ihr Verstand erlaubt, an den Auswüchsen herumgedoktert, aber sich an das Urübel überhaupt nicht gewagt. Diese Doktorei hat sich verschlimmernd auf das Urübel ausgewirkt: die geschäftliche Flaute wurde immer allgemeiner, die Arbeitslosigkeit immer entsetzlicher, die öffentlichen Kassen immer leerer. Immer mehr Gebiete, Gewerbezweige, Unternehmen und mehr Menschen schreien nach finanzieller Hilfe, und immer weniger sind die öffentlichen Kassen dazu imstande.

Die Regierung Brüning versuchte, diesen unheilvollen Gang der Dinge mit Notverordnungen, trost-

reichen Sprüchen und weißer Salbe zu wenden; wie weit sie damit gekommen ist, weiß alle Welt. Die Regierung von Papen-Schleicher will den unheilvollen Gang der Dinge auf etwas andere, auf eine besondere Art zum Bessern wenden. Hiervon haben wir am 20. Juli schon eine Kostprobe bekommen. Es steht zu befürchten, daß noch mehr solcher Kostproben folgen werden. Ob selbst damit das Urübel zu mildern sein wird, ist doch etwas fraglich.

Mit der militärischen Macht und dem Belagerungszustand läßt sich sicherlich zwar allerhand bewerkstelligen, aber schwerlich die Heilung einer todkranken Wirtschaft. Der Anfang am 20. Juli scheint das zu bekräftigen. Denn er dürfte die Unternehmungslust, die Schaffensfreude oder das Vertrauen in die Wetterfestigkeit der Finanz kaum gefördert haben. Die Banken könnten das wohl bestätigen. Es steht somit eine Verschärfung der allgemeinen Flaute, der finanziellen Misere, der Arbeitslosigkeit und ähnliches mehr in sicherer Aussicht. Die verstärkten Übel wird man wiederum durch Abbau der

Löhne und der sozialen Unterstützungen, durch höhere Massensteuern und dickere Subventionen zu beschwören suchen. Der Tag wird nachdrücklicher herbeigepreßt, wo es mit allem ein Ende hat. Die knochige Hand des Arbeitsloser wird sich noch drohender erheben. Wogegen mit kapitalistischer Staatskunst niemals etwas auszurichten ist.

Das werden wohl auch unsere jetzigen Staatsmänner ahnen. Dem glauben sie vorarbeiten zu sollen, indem sie sich der preußischen Regierung mit der Polizei bemächtigen. Und es ist nicht gerade ausgeschlossen, daß die Regierung der nationalen Konzentration noch andere Länder mit dem in Preußen gemachten Experiment zu beglücken versucht. Das mag der Schicht, die uns diese gesegneten Zeiten geführt hat, etliche Freude bereiten, gleichzeitig aber wird das System, das die wirtschaftliche und soziale Grundlage dieser Schicht bildet, noch einen Knacks bekommen, der aller Heilkunst spottet.

So glauben wir denn sagen zu können, daß die hohe Staatskunst, deren wir uns seit acht Wochen erfreuen dürfen und uns am 20. Juli noch eindrucksvoller gemacht würde, den Start im Rücken hat. Sie dürfte noch schneller an den fatalen Punkt anlangen, wo jede Staatskunst scheitern muß: am völli gen Bankrott. Darüber zu klagen, steht uns nicht zu. Das ist Sache derer, die für den und vom Kapitalismus leben.

An die deutsche Arbeiterschaft!

Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen.

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeiterschaft, am 31. Juli geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechts stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. Weder der Terror der Straße noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Rechte Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.

Berlin, den 20. Juli 1932.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
- Allgemeiner freier Angestelltenbund
- Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands
- Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter
- Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
- Deutscher Beamtenbund

Die große Geldquelle der Nazis

Es müssen dickfließende Geldquellen sein, die die nationalsozialistische Kasse speisen. Die Neuuniformierung der SA-Leute kostet mindestens 15 Millionen. Die braunen Häuser, die Autos und Flugzeuge und hohen Gehälter der Führer, die Unterhaltung der Armee sowie der riesige Propagandasapparat verschlingen fortlaufend ungeheure Summen. Die Unterhaltung der Armee, die an die 100 000 Köpfe zählt, wird monatlich schwerlich weniger als 15 Millionen Mark kosten. Von dem Monatsbeitrag der Mitglieder von 1,50 M, wovon zwei Drittel arbeitslos sind und folgedessen nichts zahlen, können die riesigen Ausgaben natürlich nicht gedeckt werden. So ist denn die Frage verständlich, wer den Nationalsozialismus finanziert.

Die Nazis schwanken zwar den Klingelbeutel heißig, wie der Bettelbrief an den süddeutschen Industriellen Bosch aufs neue beweist. Die örtlichen Parteistellen klopfen die kleinen Geschäftsleute immerfort ab. Zahlreiche Grundbesitzer und Unternehmer, dann die früheren Fürsten, spenden regelmäßig erhebliche Beträge. Allein, wie zahlreich und ergiebig all diese Spenden sein mögen, sie genügen keineswegs, den ungeheuren Aufwand der Nazis zu decken. Es muß noch eine besonders ergiebige Geldquelle vorhanden sein. Und das ist denn auch tatsächlich der Fall: es ist der sogenannte Ruhrschatz.

Mit diesem hat es folgende Bewandnis: Um die Jahrhundertwende wurden die rheinisch-westfälischen Scharfmacher durch das Erstarken der Arbeiterbewegung stark beunruhigt. Der Gelsenkirchener Zeckenklub, der die Kohlen- und Schlotbarone vereinigte, beschloß, einen Kampffond gegen die Arbeiterschaft zu schaffen. Es wurden regelmäßige Beiträge nach Umsatz und Arbeiterzahl vereinbart. In diesen Fond soll auch ein Teil jener Gelder geflossen sein, die die Schwerindustrie während des Krieges durch die Beschäftigung der belgischen Deportierten verdiente. In der Inflation war der Fonds werthbeständig angelegt. Durch Zins und Zinseszins haben sich diese Millionen beträchtlich vermehrt.

Die Verwaltung des Fonds war dem alten Kirdorf, einem der gehässigsten Arbeiterfeinde, anvertraut. Er hat den Schatz eifersüchtig gehütet. Verschiedentlich haben Schwerindustrielle versucht, den Fonds flüssig zu machen. Vergeblich. Der alte Kirdorf wollte ihn für ganz große Zwecke sichern. Der große Zweck schien ihm mit dem sozialdemokratischen Siege im Jahre 1928 gekommen. Es gelang, dem alten Ausbeuter begreiflich zu machen, daß mit den Millionen viel für die Sache des Ausbeutertums getan werden könne, wenn man die nationalsozialistische Bewegung stärke. Für die Verwendung des Geldes wurde so etwas wie ein Programm ausgearbeitet:

Politisch müsse eine schwerindustriell-konservative Regierung gebildet werden, mit entsprechender Reichsreform und Verfassung. Die Löhne seien um 30 vH unter Friedensstand zu kürzen, weil die „Nation arm geworden“ sei und im „Interesse der industriellen Kapitalbildung“. Die Schichtzeit werde auf den Stand von 1899 zurückgeführt, also der Achtstundentag im Grubenbetrieb abgeschafft. Dazu sieht das Programm Beseitigung der Lohnstarife, des gesamten Arbeitsrechts, der Verbindlichkeitsklärung, der Betriebsräte usw. vor.

Demnach soll mit den Millionen der Zustand hergestellt werden, der vor dem Kriege bestand. Der alte Kirdorf hatte jedoch immer noch einige Bedenken. Um sie zerstreuen, wurde der Oberbefehlshaber nach Mühlheim gerufen. Nach diesem Besuche wurde der Ruhrschatz den Nazis geöffnet. Ihnen wurden nun die Millionen zur Verfügung gestellt, damit sie helfen, das Programm der Scharfmacher zu verwirklichen.

Auf dem Wege zur Arbeitsdienstpflicht?

Die Reaktion in Deutschland bereitet entscheidende Schritte auf verschiedenen Gebieten vor. In einer Verordnung vom 16. Juli ist der freiwillige Arbeitsdienst in neuer Fassung verkündet worden. Am 18. Juli ist der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Dr. Syrup zum Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannt worden. Mit der Ernennung dieses Mannes ist den Nationalsozialisten vorläufig ein Strich durch die Rechnung gemacht worden. Sie beabsichtigen durch einen Kommissar aus ihren Reihen den freiwilligen Arbeitsdienst in die Arbeitsdienstpflicht zu verwandeln und aus dieser neuen Einrichtung eine Zucht- und Drillanstalt zu machen.

Nach der Verordnung soll der freiwillige Arbeitsdienst bestehen bleiben und dem jungen Deutschen die Gelegenheit geben, zum Nutzen der Gesamtheit in gemeinsamem Dienste freiwillig ernste Arbeit zu leisten und sich zugleich körperlich und geistig-sittlich zu ertüchtigen. Die Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes sollen gemeinnützig und zusätzlich sein. Träger der Arbeiten sind öffentliche Körperschaften und Vereinigungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen. Die Träger des Dienstes sollen Vereinigungen sein, die sich für die Betreuung des Arbeitsdienstwilligen eignen. Die Arbeitsdienstwilligen genießen die Vorteile der Sozialversicherung und des Arbeitsschutzes.

Wenn man es so hört, möchte es leidlich scheinen! Aber die Adelsregierung hat dieser Verordnung eine Erklärung beigegeben, in der sie ausführt, daß diese Einrichtung weiter ausgebaut werden soll, worauf es wörtlich heißt: „Der Reichskommissar wird beauftragt, über seine Erfahrungen zu berichten und ein Gutachten über die notwendigen Voraussetzungen und die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienstpflicht zu erstatten“.

Hier liegt der Hase im Pfeffer. Die Arbeitsdienstpflicht scheint das Ziel dieser Regierung zu sein. Es ist also ernste Gefahr im Verzuge. Diesen Bestrebungen mit allen Mitteln sich entgegenzustemmen, ist Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse.

Aus dem Inhalt

	Seite
Das Verhängnis rollt nun schneller — An die deutsche Arbeiterschaft! — Die große Geldquelle der Nazi	181
Sitzung des Bundesausschusses des ADGB — Gewinn Privatsache — Verlust Staatssache — Karl Spiegel†	182
Stahlbad Anno 17 — Mehr Mut und Selbstvertrauen	183
Die Arbeiterin unter doppeltem Lohndruck	184
Die Veteranen belagern das Kapitel — Ende des Ausstandes in Belgien	185
Wer ist hilfsbedürftig? — Die Sätze der Arbeitslosenhilfssteuer — Die neuen Sätze der Kurzarbeiter-Unterstützungen	186

Sitzung des Bundesausschusses des ADGB

Am 21. Juli trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin zusammen, um zu der durch die Vorgänge in Preußen am 20. Juli geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. An der Sitzung nahmen auch die Bezirkssekretäre teil, die schon am Tage vorher vom Bundesvorstand nach Berlin herbeigeführt worden waren.

Die eingehende Aussprache ergab die einstimmige Zustimmung aller Verbandsvertreter zu der von den Spitzenorganisationen aller Richtungen erlassenen Kundgebung (die wir an anderer Stelle dieser Nummer bringen) an die Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften erblicken in den Ereignissen vom 20. Juli einen weiteren Schritt zur Untergrabung der staatlichen Autorität. Sie legen im Namen der Millionen Deutschen, die in ihren Reihen organisiert sind, schärfsten Protest gegen diese Maßnahmen ein. Offenbar hat die Sorge der Reichsregierung um ihren nationalsozialistischen Anhang, der sich ohne fremde Hilfe gegenüber den gewaltigen Kräften der deutschen Arbeiterbewegung nicht behaupten kann, sie bewogen, die preußische Regierung vom Amt zu entfernen, weil angeblich in ihren Händen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Demgegenüber sind die Gewerkschaften der Überzeugung, daß die bisherige unparteiische Handhabung der Polizeigewalt in Preußen den Feinden der geltenden Verfassung nicht den erwünschten Spielraum zur Entfaltung ihrer illegalen Kräfte gab. Die Arbeiterschaft verteidigt die Verfassung und das Recht.

Gerade deshalb halten die Gewerkschaften jede unbesonnene Handlung der Arbeiterschaft auch jetzt, wo ihr Rechtsgefühl aufs tiefste verletzt worden ist, für falsch. Der Wahltag am 31. Juli wird allen verantwortungsbewußten Deutschen, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft Gelegenheit geben, ihren staatspolitischen Willen eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Diese Willenskundgebung wird zugleich die beste und schärfste Kritik an den Maßnahmen sein, zu denen sich im Gegensatz zu der Auffassung der überwältigenden Mehrheit des Volkes die gegenwärtige Reichsregierung gegen Preußen berechtigt fühlte.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes ist noch nicht bekannt. Bei der Lagerung der Machtverhältnisse ist es durchaus möglich, daß er sich gegen die Rechtsauffassung der Länderregierungen und gegen den Sinn der Weimarer Verfassung auf die Seite der Reichsregierung stellt. Das wird die Gewerkschaften nicht hindern, Seite an Seite mit denen zu kämpfen, die nicht den Buchstaben, sondern den Geist der Verfassung schützen wollen.

Von allen Rednern des Bundesausschusses wurde immer wieder hervorgehoben, daß der Wille zum Siege in den ganzen Jahren der Nachkriegszeit niemals stärker war als in den letzten Wochen, daß die Opferbereitschaft auch unter den Ärmsten der Arbeiterschaft, den Arbeitslosen, in allen Bezirken die höchsten Erwartungen übertrifft. Da der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung um ein freies deutsches Deutschland mit dem 31. Juli keineswegs abgeschlossen sein wird, ist es doppelt notwendig, die Werbearbeit der Gewerkschaften nicht nur im Zeichen des gewaltigen politischen Kampfes zu führen, sondern mit aller Energie auch und vor allem auf die Stärkung der Organisation zu konzentrieren, die gesamte deutsche Arbeiterschaft in den Reihen der Gewerkschaften zu sammeln und ihre Widerstandskraft gegen weitere Versuche der Entrechtung von Woche zu Woche zu steigern.

Sind die Landwirte so schlecht gestellt

Bei dem gegenwärtigen Regierungskurs hat es den Anschein, als ob es im deutschen Industrieland nur die Landwirtschaft gebe, die es zu schützen und zu betreiben gilt, und als ob die andern Produktionszweige auf Rosen gebettet wären. Im Halbjahresbericht der Reichskreditgesellschaft werden nun die Gesamterlöse der landwirtschaftlichen Erzeugung für das laufende Jahr auf etwa 70 vH der Erlöse des Erntejahres 1928/29 geschätzt, das die höchsten Erlöse seit der Stabilisierung der Währung erbracht hatte. Der Anfall von Erlösen in anderen Produktionszweigen ist jedoch erheblich größer.

In der Getreidewirtschaft beträgt der Anfall gegenüber dem besten Erntejahr sogar nur 20 vH, während für Vieh und tierische Erzeugnisse die Erlöse in den letzten Jahren allmählich um etwa 35 vH gesunken sind. So sind denn auch für die Schwierigkeiten der Landwirtschaft nicht die niedrigen Erlöse verantwortlich, zumal auch die landwirtschaftlichen Produktionskosten (Düngemittel, Löhne usw.) wesentlich gesunken sind. Vielmehr sind es die Finanzierungsschwierigkeiten, die Belastung mit kurzfristigen Krediten, die gegenwärtig in langfristige nicht umgewandelt werden können, und die Belastung mit hohen Zinsen, die die getreideerzeugende Großlandwirtschaft bedrücken.

Wie die Reichskreditgesellschaft nachdrücklich betont, können die Schwierigkeiten der Landwirtschaft nur beseitigt werden, wenn auf der einen Seite die Beziehungen zwischen Gläubigern und Schuldnern geklärt, auf der andern die Kosten an die veränderten Erlöse und Erlösmöglichkeiten angepasst werden. Die Anpassung verspricht dem Landwirt viel mehr, als wie es im Bericht heißt, die Hinanzschiebung dieser Anpassung auf dem Wege hochgehaltener Preise, die mit der Kaufkraft der Abnehmergruppen nicht in Einklang stehen.

Leichte Besserung beim Stahlrost

Der Bericht der Vereinigten Stahlwerke für das zweite Vierteljahr 1932 klingt nicht mehr ganz so trübselig wie die letzten Mitteilungen. Der Umsatz hat sich im zweiten Vierteljahr 1932 erhöht. Die Zahl der Arbeiter ist gestiegen. Aber man weiß nicht, ob man diese Entlastung nach der Seite einer Konjunkturbesserung auslegen darf. Der gestiegene Umsatz dürfte in erster Linie auf Russenbestellungen beruhen. Hier weiß man nicht, was schon die nächste Zukunft bringt, ob die Russen instande sein werden, auch weiterhin ins Gewicht fallende Bestellungen zu machen. Im übrigen muß man die gering gestiegene Belegschaft gegenüber dem gestiegenen Umsatz berücksichtigen. Es ergibt sich hier ein äußerst schlechtes Verhältnis, das zeigt, wie sehr die gerade in der Schwerindustrie vorgenommene Rationalisierung einer Besserung der Arbeitsmärkte der Schwerindustrie entgegensteht.

Gegenüber dem ersten Vierteljahr 1932 ist im zweiten Vierteljahr die Kohlenabfuhr von rund 512.000 Tonnen auf über 601.000 Tonnen gestiegen. Die Kohlenförderung hat sich nur um etwa 70.000 Tonnen auf 3.43 Millionen Tonnen verringert; die Koksabfuhr ist mit 955.000 Tonnen im großen und ganzen gleich geblieben. Dasselbe gilt für die Roheisenproduktion, die mit 517.000 Tonnen angegeben wird. Die Zahl der Arbeiter ist von 82.465 Ende März 1932 auf 83.287 Ende Juni 1932 gestiegen; sie betrug allerdings Ende Juni 1931 102.924.

Bei den Angestellten hält der Abbau an. Die Zahl der Angestellten, die Ende Juni 1931 noch 14.042 betrug, verringerte sich weiter, und zwar von 12.064 Ende März 1932 auf 11.681 Ende Juni 1932. Diese Belegschaft bewältigte im zweiten Vierteljahr 1932 einen Umsatz von 129 Millionen Mark, gegenüber 117 Millionen Mark im ersten Vierteljahr. Der Umsatz nach dem Ausland stieg von 37 Millionen auf über 51 Millionen Mark. Der Auftragsbestand wird für den 30. Juni 1932 mit 49 vH des entsprechenden Auftragsbestandes im Monatsdurchschnitt des Geschäftsjahres 1930/31 angegeben.

Gewinn Privatsache — Verlust Staatssache

In den Verlautbarungen der deutschen Unternehmerorganisationen heißt es immer, der Staat dürfe sich nicht in die Wirtschaft mischen und die freie Wirtschaft müsse erhalten bleiben. Das hindert aber die Industriellen nicht, daß sie oder ihre politischen Laubburschen ständig dabei sind, öffentliche Mittel für sich zu beanspruchen. Das geschieht zuweilen unter reichlicher Verzäpfung patriotischer Phrasen. Damit das liebe Vaterland stark bleibe, soll es seinen Säckel schwach machen zugunsten der Unternehmer, Bankiers, Agrarier und anderer Schwerverdiener.

Die Praxis der großen Patrioten ist bekannt: Klappt Geschäft, stecken sie den Gewinn ein, klappt nicht, hat der Staat den Verlust zu tragen. So bekommt jeder, was er braucht. Wer sich gegen diese Übung wendet, ist ein Marxist oder Bolschewist, gegen den man sich die Nazis herangefüttert hat.

In seinem Buche über Kapitalistisches Wirtschaftschaos oder sozialistische Planwirtschaft legt Kurt Mendelsohn dar, wie sich ein ganzes System der staatlichen Subventionierung von Unternehmungen und ganzen Wirtschaftszweigen herausgebildet hat und daß letztlich die Steuerzahler die Verluste aus der kapitalistischen Mißwirtschaft zu tragen haben. Professor Bonn stellt fest, daß die schwerste Bedrohung der deutschen Finanzwirtschaft nicht so sehr von der Erwerbslosenfürsorge herrührt, als von einem phantastischen System der Erfolglosen-Fürsorge. Jeder, der sein Kapital falsch angelegt hat, versucht auf Grund dieses eigentlich verlorenen Kapitals vom Staat eine Rente zu beziehen, die natürlich auch wieder der Steuerzahler aufzubringen hat.

In welchem Umfange die einzelnen Wirtschaftsgruppen diesen Strom der öffentlichen Gelder in ihre Taschen zu lenken vermögen, hängt ab von ihrer wirtschaftlichen Machtstellung und ihrem politischen Einfluß. Dementsprechend haben in den letzten Jahren die Großgrundbesitzer und die Schwerindustriellen die größten Subventionen erhalten.

In der Großlandwirtschaft ist die staatliche Subventionierung größten Ausmaßes schon eine Selbstverständlichkeit geworden. Mendelsohn stellt mit Recht fest, daß heute ein Sonderstudium dazu gehört, sich überhaupt durch das Gewirr von Hilfsaktionen, Notprogrammen, Kreditaktionen, Barzuschüssen und Umschuldungsmaßnahmen hindurchzufinden. Zu alledem kommt noch die gewaltige Generalsubvention der Landwirtschaft hinzu, die diese durch den hohen Zollschutz genießt und die der Verbraucherschaft gewaltige Opfer auferlegt. Prof. Dessauer errechnet, daß die Besteuerung der Verbraucherschaft durch die Überhöhung der Agrarpreise sich auf 2,5 Milliarden Mark je Jahr nach dem Stande der Preisüberhöhung der deutschen Agrarprodukte gegenüber den Weltmarktpreisen im Wirtschaftsjahr 1930—1932 beläuft.

Der Grundsatz: Wer die Wirtschaft führt, muß auch das Risiko tragen, ist längst verlassen; es herrscht vielmehr weitgehend das Prinzip: der Gewinn ist Privatsache, der Verlust ist Staatssache. Die guten Geschäfte bleiben den Unternehmern und Kapitalisten reserviert, aber die Pleiten sind vom Staat zu sozialisieren.

Nachstehend nur einige Beispiele, die aus der großen Zahl der industriellen Subventionen herausgegriffen sind:

Oberschlesische Hüttenwerke AG	36,0 Mill. M
Niederschlesische Bergbau AG	11,0 " "
Mannesmann	9,5 " "
Röchling-Konzern	37,0 " "
Ruhrbergbau	25,0 " "
Benzol-Verband	40,0 " "
I. G. Farben	15,0 " "
Vulkan-Werft	15,0 " "
Junkers-Werke	14,3 " "
Großbreudereien	50,0 " "
Norddeutscher Lloyd und Hapag	70,0 " "

Diese Subventionen sind teils als Bürgschaften, teils als Zinszuschüsse oder auch als direkte Darlehen gegeben worden. Der größte Teil dieser Summen dürfte wohl als verloren anzusehen sein. Die jüngste Subvention, die Übernahme des Gelsenbergpaketes durch das Reich, wobei Herr Flick, der Besitzer dieses Paketes, das einen Nominalwert von 110 Mill. M hat, einen Kurswert von 90 vH zugebilligt erhielt, obgleich der derzeitige Börsenkurs von 40 vH noch als künstlich überhöht gilt, ist wohl allgemein bekannt. Für das Rußlandgeschäft belaufen sich die Garantien von Reich und Länder auf fast eine Milliarde Mark, so daß das Risiko des Unternehmers nur auf die zu erzielende Gewinnspanne beschränkt bleibt.

Über den Reichsaufwand für die Bankensanierung berichtet jetzt zuverlässig der neue Reichsetat. Danach hat das Reich bis zum 31. März 1932 801 Mill. M an Zahlungen und 749 Mill. M an Bürgschaften übernommen. Davon wurden aufgewandt für den Komplex Dresdner, Danat- und Orientbank 576,8 Mill. M und 407,7 Mill. M an Bürgschaften. Für die frühere Schröderbank, heute Norddeutsche Kreditbank genannt, 50 Mill. M und 88 Mill. M Bürgschaften, für die Commerz- und Privatbank 77,2 Mill. M, für die Landesbank der Rheinprovinz 64 Mill., für die Deutsche Girozentrale Bürgschaften in Höhe von 100 Mill. M u. a. m. Außerdem wurden von der Golddiskontbank 200 Mill. M für die Rekonstruktion der Großbanken und Provinzbanken reserviert und inzwischen zum größten Teil in Anspruch genommen.

Es erscheint müßig, weitere Beispiele zu häufen. Die einflußreichen Wirtschaftsgruppen verschaffen sich für Zwecke rein privater Wirtschaftsführung Sonderzuwendungen vom Staat. Der Schaden, den die private Wirtschaftsführung angerichtet hat, wird ohnehin in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem mittelbar auf die Allgemeinheit abgewälzt.

Die großen Patrioten benutzen ihren politischen Einfluß, um sich auf Kosten der Steuerzahler zu bereichern. Unzählige Millionen, nein Milliarden haben sie auf diese Weise eingesackt. Um die öffentliche Aufmerksamkeit von dieser Tatsache abzulenken, schreibt die kapitalistische Presse, die Arbeitslosen saugten den Staat aus. Der Schwindel wird jetzt im Reichstagswahlkampf tausendfach wiederholt. Auf diese Weise glauben die großen Patrioten bei der Wahl zu siegen. Durch den Sieg hoffen sie, den Goldstrom noch verdicken zu können. Der Staat soll nur eine Wohlfahrtsanstalt für die Schwereichen sein. Fritz Wieter.

Dem Bruder jenseits der Grenze

(Zum Jahrestag des Weltkrieges)

Wer sagt dir denn, ich sei dein Feind, da wir doch beide verreckten, auf faulendem Stroh vereint?

Woher dein Glaube, ich will deinen Tod, da wir doch beide schreien in Schmerz und Todesnot?

In deinem und meinem Schädel fiebert der Haß, er schwindet, wenn beide wir röcheln, zerfressen vom giftigen Gas.

Gehu wir dem Tode entgegen im rauchenden Feld, erkennen wir beide den Irrsinn, der uns zum Töten bestellt.

Deine Hand umkränpft das Gewehr — ist das erlaubt? Der uns aufs Schlachtfeld jagt, hat gestern uns alles geraubt.

Er trieb uns gestern hinaus als freches, hungerndes Mob, heute hetzt er wie Hunde uns los mit patriotischem Lob.

Gestern bespöte er uns mit Schüssen von Eisen und Blei, heute verlangt er Opfer von uns, weil vaterländisch das sei.

Bruder, über die Grenze reiche ich dir die Hand, denn morgen ist es zu spät, ist erst das Gemetzel entbrannt.

Morgen brüllt die Kanone, die unsere Knochen zermahlt, Erdöl, Stahl oder Koble wird mit unserem Blute bezahlt.

Morgen schleppt man mit Glockengeläut uns in den Tod, den einzigen Freund der Armeen nach aller Plage und Not.

Julius Wirski

Es würden sich Räuberromane ergeben

Im „Tagebuch“ vom 16. Juli steht zu lesen:

„Selten waren die Bilanzen der großen Aktiengesellschaften so aufschlußreich, wie in diesem Jahr der Krise. Betrachteten die Verwaltungen früher den Geschäftsbericht als ein Mittel, um die wahre Lage ihrer Unternehmungen zu verschleiern, so machen sie jetzt wenigstens Ansätze zu einer wahrheitsgetreuen Berichterstattung. Es zwingt sie dazu der Bergbruch der Preise, der es unendlich erscheinen läßt, die noch vorhandenen Vermögenswerte zu verstecken; und es zwingen sie dazu die neuen Bilanzierungsvorschriften, für deren Umgebung sich noch keine feste Norm herausgebildet hat.“

Unter diesem Gesichtspunkt erweitert Publizität sind besonders die soeben herauskommenden Monatsbilanzen interessant. Denn gerade vom Bergbau kamen immer die heftigsten Klagen über räuberische Steuern und untragbare Löhne; der Bergbau war auch Empfänger so mancher Subventionen, von der 700 Millionen Mark schweren Rohrentschädigung des Jahres 1924 bis zum Erlaß der Knappschaftsbeiträge für Untertagearbeiter im Sommer 1931. Jetzt freilich erfährt man plötzlich mit Stutzen, daß er mit den Verdiensten nicht ganz so

schrecklich gewesen sein kann. Die Gesellschaften hatten Mittel genug, um in aller Stille Vermögenswerte aufzustapeln, von denen niemand etwas ahnte. Bei Gelsenkirchen zum Beispiel tauchte plötzlich aus der Versenkung ein Paket von 12 Millionen Mark Rheinische Braunkohlen-Aktien auf. Und die Rheinische Braunkohlen-AG selbst, deren Leiter Dr. Silberberg, ein Wortführer im Kampf für Lohnabbau gewesen ist, entdeckt mit einem Mal eine Tochtergesellschaft Geretzhoven, bei der rund 50 Millionen Mark Harpener Bergbau-Aktien — die absolute Majorität! — untergebracht sind. Angekauft wurden diese Aktien zu einem Durchschnittskurs von unzweifelhaft mindestens rund 150 vH, der Spaß kostete also rund 75 Millionen; aus der Bilanzbewertung geht aber hervor, daß auf dieses Paket in den letzten fünf Jahren nicht weniger als 50 Millionen Mark abgeschrieben worden sein müssen. Diese 50 Millionen sind also über den ausgewiesenen Gewinn hinaus verdient worden, und dieser Mehrgewinn in fünf Jahren übersteigt die Hälfte des Aktienkapitals und übersteigt die an die Aktionäre ausgeschüttete Dividende, die mit 10 vH ohnehin nicht niedrig war.

Die Not im Bergbau muß wahrlich groß gewesen sein, wenn man gezwungen war, solche Gewinnsummen zu verstecken und ohne Wissen der Aktionäre Geschäfte mit ihnen zu treiben, die der Gesellschaft völlig fern liegen. Denn die Frage, wozu ein Braunkohlenbergwerk die Majorität einer Steinkohlenzeche braucht, beantwortet sich selbst. Natürlich besteht kein leiserster betrieblicher Zusammenhang. Aber für den Konzernleiter selbst hatte es zweifellos Vorteile, auch im Rat der Steinkohlenbarone Sitz und Einfluß zu gewinnen.

Was von den exklusiven Gremien dieser Branche beschlossen, wie dort mit Aktienpaketen jongliert, wie dort auf dem Rücken und mit dem Geld der Aktionäre und öffentlichen Kassen Staats- und Privatpolitik getrieben wurde und vielleicht noch wird, davon weiß die Mitwelt ja gerade deshalb nur wenig, weil der Kreis sich durch alle möglichen Manipulationen gegen draußen abgedichtet und nach innen vergenossenschaftet hat. Aber die Vorgänge bei der Flick-Sanierung und die Bilanzen der letzten Wochen, dieses Verschwinden und Wiederauftauchen von Vorratsaktien, diese gegenseitige Verschachtelung und Verschiebung von Beteiligungen, dieses Zwischenschalten von Banken und Tochtergesellschaften geben einen Vorgeschmack. Man darf die Behauptung wagen: wenn einmal gerade die Gesellschaften des Ruhrbergbaus auf sämtliche Vorgänge der vergangenen Jahre gründlich und rücksichtslos revidiert würden, so würden sich Räuberromane ergeben.“

Karl Spiegel, Bielefeld †

Bei Redaktionsschluß ereilt uns die traurige Nachricht, das der dienstälteste Bezirksleiter unseres Verbandes am 22. Juli nach kurzem schweren Krankenlager verschieden ist.

In nächster Nummer werden wir die Verdienste dieses wackeren Mitstreiters um den Deutschen Metallarbeiter-Verband würdigen.

Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

Ich bin ganz und gar am Ende. Ich will das Tier da vor mir nicht mehr sehen . . . nicht mehr sehen . . . So wende ich das Gesicht ganz nach unten auf den Boden und fühle, wie der Sand mir in den Mund dringt . . .

Einmal hebe ich noch ein wenig den Kopf. Wie ein riesengroßes, eisernes Gerüst steigt das Maschinengewehr vor mir auf . . . und darüber starrt, groß wie ein Kirchturm, Kilbs Helmspitze . . . Hart schlägt mein Gesicht wieder in den körnigen Sand . . .

Und dann wird es allmählich dunkler und dunkler um mich her . . . mir ist, als wüchsen meine Glieder ins Riesenhafte . . . reckten sich . . . streckten sich . . . mir wird so wohligh wie damals als Junge, wenn ich mich nach heißem Spiel auf einer Wiese ausstreckte, und jetzt ist es ganz finster um mich her . . .

Kommst du nun schon, Tod? Ach, du bist ja gar nicht so furchtbar, wie sie dich immer machen . . . bist so milde wie eine Mutterhand, die sich auf die schmerzenden Wunden legt. Ich fühle keinen Hunger mehr, höre keine Befehle, sehe nicht mehr Bumanns verquollenes Gesicht, spüre überhaupt nichts mehr von all dem großen Elend . . .

— und ich — kann — endlich . . . schlafen . . . schlafen gehen . . . und niemand wird mich wieder in dieses unmenschliche Leben hineinwecken . . .

Ein unsagbar schmerzhafter Stich durchzieht mein Herz, als sei ein Dolch hineingedrungen. Ich will aufspringen, da zuckt es zum zweiten Male, und ich erwache von meinem eigenen Stöhnen . . . Will denn der Teufel keine Befehle mehr geben, denke ich verworren und versuche, den Kopf etwas zu heben. Und wie ich um mich blicke, sehe ich in der Dämmerung Kilbs Gesicht vor mir. Es ist ernst und besorgt, wie ich es noch nie sah. Und unter mir ist nicht mehr der Sand, sondern meine — Feldbettstelle . . .

Dann komme ich allmählich zu mir und unterscheide einige Geräusche in der Baracke. Es klappern Teile eines auseinandergenommenen Maschinengewehrs. Jemand pfeift, und das gleichförmige Geräusch einer Stiefelbürste kommt aus einer Ecke. „Als wir dich vertruhen, hattest du Schaum vorm Mund.“

Wir dachten schon, du würdest uns abklappen“, sagt Kilb und reicht mir einen Eßnapf mit einer dampfenden Brühe hoch, „nun isß erst mal was.“ Es ekelt mich, und ich schiebe den Picknapf zurück.

Mir ist, als träume ich dies alles. Was ist denn überhaupt geschehen . . .? Wie schwerfällig die Gedanken arbeiten . . . Und dann fällt mir langsam wieder alles ein . . .

Kilb kommt mit einer Schüssel kalten Wassers und hebt meine Decke hoch, unter die man mich, ohne daß ich es merkte, gepackt hat. Ich bin ausgezogen, und nun sehe ich, daß ein Verband um meine Knie gewickelt ist. Darunter schmerzt und zuckt es wie Feuer . . .

Während nun Kilb einen neuen, kühlenden Lappen umlegt, erzählt er, und ich sehe, wie sein Gesicht hart und alt ist: „Erst hat der Halunke noch getobt wie ein Verrückter“

und ist um dich herumgesprungen . . . Du lagst da, als wenn du eingeschlafen wärest und hast wohl nichts mehr gehört und gewußt. Da bin ich aufgesprungen und habe ihn zur Seite gestoßen. Hättest sehen sollen, wie er mich blödsinnig angeglotzt hat. Aber gesagt hat er nichts. Ich hätte ihn auch in den Bauch getreten, du . . .! Und als ich dich dann umdrehte und du ganz weiß dalagst mit Schaum vor dem Mund, die Augen geschlossen, — da hättest du den feigen Burschen sehen sollen. „Ist er tot“, hat er mich gefragt und hat dabei wie ein Schuljunge gezittert und mochte dich nicht anrühren . . .“

Er deckt mir die Decke wieder über, hält mir die Hand ins Genick und läßt mich langsam auf das Lager zurückgleiten. Mir ist, als sei meine Mutter bei mir, und ich schließe die Augen. Ich bin ein Wrack. Kilb hat meine Hand gefaßt, — das beruhigt mich unendlich in dieser Baracke der Verzweiflung. Aber tief, tief in der Brust ist ein Weingewinn wie rinnendes Blut. Mit geschlossenen Augen höre ich weiter Kilbs ruhigen Baß:

„Angst hat er gehabt, dies Vieh . . . Hat nicht gewußt, was er vor Feigheit machen sollte. Und wie ich vor ihm stehe und ihn anbrülle: „Du Schweinehund . . . ja! ja! — er ist tot, du Mörder!“ da ist er beinahe zusammengesackt und hat mich wie ein Verrückter angeglotzt . . . und da hab' ich ihm eins in die breite Fresse gegeben. Wir waren ja so schön ohne Zeugen . . . Bumann war gerade mit dir beschäftigt, der hat nichts gesehen. Das ganze Maul ist ihm aufgeplatzt, — und was meinst du? — Er hat nichts aber auch nicht einen Ton gesagt, und hat mich immer noch groß angestiert . . . Und nun will ich dir mal was sagen, Hamburger —“ er preßt meine Hand und ich komme langsam hoch und sehe ihn an — „der Kerl ist ein Schweinehund, darüber sind wir uns ja einig, — aber warum?“

Weil das System so gemein ist, das uns zum Vieh macht . . .“

Er reicht mir wieder die Schüssel, es ist eine dünne, jetzt lauwarne Erbsensuppe mit darin schwimmenden Brotstückchen. „Isß mal was“, sagt er und gibt mir einen Löffel. Ich würge den Fraß hinunter, und mir ist, als sei mein Magen eine Ballonblase, die plötzlich mit Luft gefüllt wird.

Kilb erzählt weiter: „Nachher kam der Leutnant geritten. Der war vorher einige Kilometer rechts beim andern Zug. Scheint 'n ganz vernünftiger Kerl zu sein; denn er hat den Magdeburger mächtig runtergeputzt und dich dann zurücktragen lassen. — Aber was nützt uns das, Kamerad?“, seine Stimme hebt sich und wird gefährlich: „Wir müssen uns selber helfen! Wenn ihr nur alle Kerls wäret —“

Das ist er wieder, der mutige, rebellische Kilb, der, solange ich ihn kenne, sich auflehnt, und doch nicht heraus kann aus diesem Labyrinth der Qualen, weil er so alleine steht . . . Ich sehe ihn immer klarer, und wie ich ihn so anblicke und seine Hand erfasse, da sage ich laut: „Kamerad, lieber guter Kamerad“, und ich fühle mich gestärkt und denke mit Schauern daran, wie es um mich stünde, wenn er eines Tages nicht mehr da wäre . . .

Der Hunger überfällt mich wieder mit einem Schwächeanfall; ich sinke zurück, indes mir schwarze Ringe vor den Augen niederfallen. „Karl, hast du nicht noch ein Stück Brot für mich?“ Kilb schüttelt traurig den Kopf. „Will mal 'n Stück fechten gehen, verflucht“, sagt er mit bitterem Aufschauen.

Nach einer Weile kommt Karl zurück. Minulla hat noch 'ne Kante gehabt, sogar einen Klacks Marmelade hat er aufgestrichen. Er hat Minulla, der schon schlief, geweckt, und Minulla hat es unter dem Kopfkissen hervorgeholt, wie Karl mir ausführlich erzählt. In wenigen Sekunden habe ich den Bissen aufgegessen. Ich sitze aufrecht auf dem Drahtbett und starrte durch das Fenster der Baracke in die Dunkelheit. Kilb ist leise fortgegangen. Aus der Mitte der Baracke kommt ein Scharen und Knistern: da wird der Ofen in Gang gehalten. Es ist streng verboten; aber ich weiß schon: sie rösten dort Kartoffeln. Diese kostbare Frucht haben sie vom Feld außerhalb des Lagers geholt. — Da kommt Bumann auf mich zu. Ich erkenne ihn an seinem kleinen Kopf. Gleich muß der Dienstoffende kommen; dann muß jeder in der Falle sein.

Also beeil dich, Bumann. — Bumann kaut mit beiden Backen. Er hat eine Feldmütze voll warmer, dampfender Kartoffeln, die mit der Schale geröstet sind. Der Geruch ver-scheucht in mir alle Bitterkeit und Schmerzen.

Bumann gibt mir eine Kartoffel und stopft sich selbst eine weitere in den Mund. Dabei laufen ihm vor Behagen die Tränen über die Backen. „Armer Kerl“, sagte er, „wie hast du bloß ausgesehen! Willst noch eine Kartoffel?“ Aber während er fragt, stopft er sich hintereinander die beiden letzten Kartoffeln in den Mund und verdreht dabei verzückt die Augen. — Ich werde plötzlich wütend: „Na, die Hauptsache ist, daß du den Kanal vollkriegst! Hau man ab!“ Da nimmt er aber doch noch eine halbe Kartoffel aus dem Mund, gibt sie mir, und ich schlinge sie weg. — Und dann sehe ich Bumann mit einem Male wieder, wie er heute auf dem Rührbruch neben mir lag, und ich gönne ihm die paar Kartoffeln . . . „Na, du sahst auch aus wie 'ne Wasserleiche, Bumann“, sage ich. Er sieht an mir vorbei. In seinem kleinen Gesicht zuckt es, und ich fühle ungeheures Mitleid mit ihm. „Du würdest dir doch nie etwas antun, Bumann“, muß ich fragen und denke an Heini Langer.

„Ich, Peter? Ich? Hahaha! Plemplem! Für die da oben? Für die Halunken kann ich noch fröhlich genug den Helden-tod sterben. — Was 'n Quatsch überhaupt von dir!“ Er duckt sich plötzlich; denn die Barackentür wird aufgerissen. — Güttler, der Dienst hat, meldet laut: „Baracke 33, — ein Mann krank, sonst alles gesund!“ Des verhassten Sergeanten Schönfeld Stimme ist aus der Dämmerung vernehmbar: „Licht wird nicht mehr angemacht! In fünf Minuten alles schlafen gehen!“ Die Barackentür knarrt. Bevor sie zuschlägt, brüllt er noch, in der Öffnung stehendeleibend: „Morgen früh 6 Uhr antreten mit Sturmgepäck! Übung mit scharfen Handgranaten! Sch. ist nicht vor Angst in die Hosen, ihr Hammel!“ — Krach! schlägt die Tür zu. Neben mir taucht Bumann wieder auf. „Das wird ja sicher wieder ein heißer Tag, Peter!“ und etwas leiser fährt er dann fort, versenken in: „Weißt noch im vorigen Jahr, als wir auf der Hohenweide in Hamburg Fußball spielten? Du als Rechtsaußen, Mensch, was konntest du immer“

Mehr Mut und Selbstvertrauen

Vom Morgen bis zum Abend begleiten uns Klage-lieder. Im Kaufhaus, auf der Straße, am Kaffeetisch daheim: Überall wird geseufzt, gejammert, geklagt. Schlagsahnelöffelnde Klatsch-basen und belackschuhete Stundentinnen, Geschäftslente, Pensionäre, Festangestellte stöhnen besonders über die Not der Zeit. Immer standesgemäß selbstverständlich, aber durchaus nicht immer mit salonfähigen Ausdrücken. Das Wehklagen ist Mode geworden.

Na, und wenn die denn schon klagen, was sollen vier Arbeiterfrauen da erst sagen? Als ob man es nicht erst recht nötig hätte! Soll der andere etwa denken, daß es uns glänzend ginge? Der Kunde pumpt einen am Ende an. Also feste mit-gestöhrt: Immer so tun, als piffe man auf dem bekannten letzten Loch.

Früher wars mal Mode, daß einer sich dicker, fat, als er war. Heute macht man es genau umgekehrt. „Es geht mir genau so schlecht wie Ihnen, Herr Kollege, glauben Sie man, vielleicht sogar noch schlechter!“ Aber geh mal einer unbemerkt hinter so einem Schwerstöhner her! Wer ist es denn, der die Luxus-gaststätten bevölkert? Wer ist denn all das süße Zeug, das einem in Schokoladenhandlungen anlacht? Wer kauft denn die Delikatessen, die die Schaufenster der Feinkostgeschäfte zieren? Das liegt doch dort nicht nur zur gefälligen Ansicht.

Es ist einfach nicht wahr, daß kein Geld da ist. Bloß der Arbeiter hat es nicht und der Arbeitslose. Die aber, die das Geld haben, die wissen schon, warum sie die Aufmerksamkeit der Habenichtse von sich ablenken. Und da sie eine feine Nase für „Konjunktur“ haben, so unterstützen sie mit Jeremia-miene die Krisenstimmung. Sie benutzen die Zeit allgemeiner Verängstigung, um ihr Schäfflein auf ein noch trockneres Plätzchen zu führen.

Da ist der Geschäftsmann, der Ladeninhaber, der Chef. Was der so aus seinen Angestellten jetzt herausscholt! Das Über-angebot an Kräften, die große Auswahl an „Menschenmaterial“, das macht die Angestellten schon sowieso ängstlich und arbeitswütig. Aber das fortwährende Stöhnen des verehrlichen Herrn Chefs, seine immer so nebenhergestreuten Bemerkungen, daß er ja nun wohl leider, leider doch wieder gezwungen sein werde, einen seiner „Mitarbeiter“ abbauen zu müssen, das macht die arbeitenden Menschen ganz und gar verrückt.

Erschossen, weil — — —

In der Nacht entdeckte der mit seinem Jagdhüter vom Firschgang heimkehrende Freiherr de Lassalle aus Luisental im Saargebiet drei Männer, die mit Netzen in einem Bach fischten. Als die Männer sich entdeckt sahen, flüchteten sie. Als ihnen hierauf der Baron „Halt“ zurief, sie aber nicht stehen blieben, gab de Lassalle einen Schuß ab, der den 37 Jahre alten Arbeitslosen Johann Boehlen aus Bettingen (Saargebiet) in den Rücken traf und sofort tötete. Der Erschossene hinterläßt Frau und Kind. (Zeitungsnotiz.)

Da hebt nun ein Junker sein Feuerrohr, Kalt, wie auf das Wild im Gefilde. Und drüben legt sich lautlos aufs Ohr Ein göttliches Menschengebilde.

Wie kann man auch fischen, wo man nicht darf. Weil's durch Herrenrechte verboten. Der Schmock nennt es Frevel. Die Witwe warf Sich schluchzend über den Toten.

Das heißt, erst nachdem die Staatsgewalt Dio-Erlaubnis gegeben hätte. Der Mensch, von hinten feig niedergeknallt, War schließlich auch Vater und Gette.

Wer über Acker und Teiche gebeut, Darf nach eigenen Gesetzen richten, Die göttlichen sind für die kleinen Leut'. Und ihre Rechte sind Pflichten.

Hoffentlich ist es auch jedem klar. Der Schütze war ganz im Rechte, Durch den Frevler waren in Lebensgefahr Des Freiherrn Forellen und Hechts.

R. R.

fein laufen! Und jetzt liegst du da . . . hast noch Schmerzen? „Wart mal, ich hol dir noch schnell 'n frischen Lappen.“ Er löst mir den Verband und bringt sein kleines, spitzes, verhungertes Gesicht, das nicht dicker wird, und wenn er noch so viel Kartoffeln in sich hineinstopft, — dicht an das meine. Er ist ganz verändert, sieht mich fast flehend an, seine Augen irrieren: „Peter, kommen wir wohl wirklich noch raus? Sag mal, was meinst du? Immer mehr und mehr müssen wir lernen: Sturmangriff, Maschinengewehr, und morgen schon Handgranaten . . .“ Er packte mich bei den Armen und preßte sie mit aller Kraft: „Peter, ich bin nicht feige, aber ich habe entsetzliche Angst vor der Front! Wenn ich das Wort nur höre! Geht es dir auch so? Und wenn man bedenkt, wofür. Wenn wir wirklich wieder zurückkommen; wir bleiben doch Proleten und werden hier nicht besser behandelt wie in anderen Ländern.“ Seine Augen werden ganz groß: „Ich wachnachte manchmal auf. Dann kommen große, schwarze Vögel auf mich zugeflogen und umheulen mich, und einmal hatte ich einen ganz furchtbaren Traum: Man warf mich in ein großes Loch, in dem schon viele tote Soldaten lagen. Adamczik lag drin, dem war der Kopf geplatzt, seine Zunge hing schwarz und dick heraus, und Kilb lag drin und Minulla, — die waren beide nackt und schrecklich verstümmelt und verrenkten scheußlich die starren Glieder. — und ich fiel mit dem Gesicht direkt auf Adamcziks Zunge . . . und dabei war mir, als sei ich noch gar nicht tot, Kamerad. Aber dann fiel Erde auf uns, immer mehr und mehr, bis es ganz finster wurde. Ich habe laut geschrien. — davon bin ich aufgewacht. Ich war klitschnaß vom Schweiß, und als ich wieder zu mir komme, da fällt mir ein, was der Schinder damals zu uns sagte: „Zuschütten müßt man euch, ihr Schweinehunde!“

Er legt den Kopf auf den blutbefleckten Lappen, den er mir abgenommen hat und schluchzt und hat vergessen, daß er mir einen frischen Verband machen wollte. Ich ziehe ihm den Lappen leise aus der Hand; er merkt es gar nicht. Seine Ellenbogen stützt er auf die eiserner Kante meines Feldbettes, so daß mein Lager im Schütteln seine Schluchzens klappert. Er ist versunken in seinem Kampf mit den Gedanken an den Tod, mit den schrecklichen Bildern seines Traumes.

Ich starre über ihn hinweg durch die Fenster in die Dunkelheit draußen, in der es rauschend regnet, daß es an die Fenster prasselt.

So fließt der Regen wie die Tränen der unglücklichen Generation dieses Krieges mit den Tränen meines Kameraden, eines armen, unbekanntem Proletariers, der tief im Innern seiner jungen Seele fühlt, wie die Tage seines kurzen Lebens vertropfen, wie ein verlöschendes Licht, das nicht sterben will . . .

Ja! Verfluchter als verflucht ist der Soldat! Er darf nicht einmal weinen . . . (Wird fortgesetzt)

Die Menschen, die heute noch in Lohn und Brot stehen, die holen alles aus sich heraus. Sie machen schon ganz freiwillig Überstunden. Sie sagen noch beinahe danke, wenn ihnen am Monatersten „bloß“ ein weiterer Abzug und nicht schon die Entlassung mitgeteilt wird. Sie denken nicht an Urlaub. Sie zittern davor, krank zu werden. Denn wer kann wissen, ob sich der hohe Herr Chef nicht sofort nach einer widerstandsfähigeren Kraft umsieht? Und er braucht sich wirklich nicht lange umzusehen. Es wird ein schandbarer Raubbau getrieben mit denen, die noch Arbeit haben. Alles und jeder „hängt in der Luft“, und diese Luft ist geladen mit Gewitterschwüle, mit Angst. Keine Krankheit ist ansteckender als die Angst.

Die da von unserer Angst leben, die lachen sich ins Fäustchen: Sie machen das beste Geschäft daraus. Sie unterstützen die Panikstimmung nach Kräften, und es ist ihnen jedes Mittel recht. Jetzt sind sie in Ostpreußen auf was ganz besonderes gekommen. Es werden planmäßig Gerüchte ausgestreut, daß morgen oder übermorgen die Polen kämen mit Giftgasbomben. Jedem Deutschen seine Gasmaskel Verängstigte Hausfrauen kratzen ihre letzten Groschen zusammen und erstehen sich eine Gasmaskel, die in Wirklichkeit nichts weiter ist als ein längst überholter Ladenahter. Aber der Fabrikant ist seinen Krempel los und die Angststimmung unter der Bevölkerung ist wieder Mal um ein hübsches Stückchen gewachsen. Selbst die Schul-kinder macht man rebellisch und übt mit ihnen „Luftschutz“, so daß die armen Geschöpfe ganz durchgedreht werden, alles Lernen für überflüssig erachten und ihre Eltern in Angst und Schrecken jagen.

Machen wir es uns doch mit aller Nüchternheit klar: Wir werden ganz planmäßig in diese Verängstigung hineingedrängt. Wir sollen auch das letzte bisschen Widerstandskraft verpuffen in Angst ums nackte Leben. Wir sollen uns wieder als unselbständige und unfähige Wesen unterster Klasse fühlen.

Haben wir es wirklich nötig, uns so ins Mausloch scheuchert zu lassen? Sind wir nicht das Bauvolk? Haben wir es uns und den anderen nicht unzählige Male gelobt: diese Welt muß unser sein? Wo ist unsere Zuversicht, unser Vertrauen auf die Echtheit unserer Idee, unser Glaube an uns selber? Haben wir es nötig, in das wohlberechnete Klage-lied unserer Unterdrücker einzustimmen?

Gewiß, wir haben Millionen von Arbeitslosen. Wir haben ein wahres Heer arbeitshungriger Jugend, die lernen möchte und nicht weiß, was und wo. Wir haben ein Heer von Aus-gelernten, die ihr Können nicht verwerten können. Wir müssen es mit erleben, wie Stück für Stück des bereits Erreichten abgebaut wird. Wir sehen mit Schrecken das Anwachsen der Dummheit, die Zunahme der Faschisten. Wir haben soeben das Zustandekommen eines stockreaktionären Reichskabinetts erlebt, wir werden wieder in Reichstagswahlen hineingedrängt von Leuten, die den Teufel fragen, nach dem Vertrauen des Volkes. Das alles sehen wir in voller Deutlichkeit. Aber geben wir denen nicht neuen Betriebsstoff mit unserer Ängstlichkeit? Es muß ausgesprochen werden: durch unsere eigene Schwachherzigkeit schädigen wir uns bedeutend. Wir untergraben damit das Vertrauen in unsere eigene Kraft und damit das Vertrauen der andern zu uns, die klassenmäßig zu uns gehören.

Werden wir wieder kraftbewußt! Wir sind die Millionen. Wir haben unsere sozialistische Idee, an die wir mit Stolz glauben und vertrauen können.

Reißen wir die Miesmacher in unseren eigenen Reihen auf aus ihrer Stimmung! Denkt an die Frauen, die unter diesen unklaren Zuständen doppelt und dreifach zu leiden haben. Mehr Mut und Selbstvertrauen!

Was vom Redakteur alles verlangt wird

Der Redakteur eines Gewerkschaftsblattes hat einen Vortrag gehalten. Unter den Zuhörern ein paar Frauen. In der Aussprache über den Vortrag wünscht ein Redner, daß die Zeitung mehr den Gebärstreik behandle. Im Schlußwort verweist der Redakteur darauf, daß die Zeitung schon wiederholt Aufsätze über Geburtenkontrolle gebracht hat, kürzlich erst einen über natürliche Empfängnisverhütung. Darauf eine helle Stimme aus dem Hintergrund: „Haben Sie das auch selbst ausprobiert?“

Der Redakteur: „Na, das kann man doch wohl nicht von mir verlangen!“

Die helle Stimme: „Das mit der natürlichen Verhütung stimmt gar nicht. Als Redakteur müssen Sie das erst probieren.“

Nun haben wir!



Verbandsleben



Die Rettung

Glaube nie, daß fremde Kraft,
Fremde Hilfe dich wird retten!
Nur wer selber Wandlung schafft,
Der zersprengt des Elends Ketten.

Warte nicht aufs große Los,
Nicht auf einen reichen Retter!
So ein Glückfall kommt ja bloß
Mal im Kino. Da wirkt's netter...

Meistere mit starker Hand
In dir selber die Dämonen.
Laß nicht Haß und Unverstand
Über deinem Leben thronen.

Schaue tief in dich hinein,
Ob nicht ungenützt noch liegen
Edle Kräfte, die allein
Dich befähigen zum Siegen.

Auf zum Daseinskampf voll Mut!
Nichts soll das Vertrau'n uns rauben!
Aller Jammer wird noch gut,
Wenn wir an uns selber glauben!

M. Schulz.

Die Arbeiterin unter doppeltem Lohndruck

Die Löhne der Arbeiterinnen wurden bei der Durchführung der Notverordnung im Reichsdurchschnitt für alle Industriezweige verhältnismäßig am stärksten abgebaut. Dies, trotzdem die Frauenlöhne im ersten Halbjahr 1931 nach Angaben des ADGB (für 10 Berufe in 48 Städten) nur 56,3 vH der Männerlöhne betragen. Das bedeutet doppelte Entbehrungen für die Arbeiterinnen. Der stärkere Abbau der Frauenlöhne im Dezember 1931 vergrößerte noch mehr die Lohnspanne zugunsten der Arbeiterinnen. Während die Metallarbeiterinnen z. B. im Oktober 1931 durchschnittlich 62,3 vH der Tariflöhne der Facharbeiter erzielten, sank dieses Verhältnis im März 1932 auf 60 vH. Diese Verschiebung bedeutet nicht nur stärkeres Lohnelend für die Frauen, sondern auch stärkere Verdrängung von Männerarbeit durch Frauenarbeit. Wir sollen denn den Familienvätern die Arbeitsplätze gesichert bleiben, wenn man ihre Töchter und Ehefrauen als Halbverdienerinnen so viel profitabler beschäftigen kann?

Die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt zeigen denn auch, daß die Frauenlohnfrage heute mehr als je auch eine Männerfrage ist. So unermesslich der Druck der Arbeitslosigkeit auch auf den Arbeitern lastet, so ist doch verhältnismäßig mitunter auch absolut, die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften größer als nach männlichen. So kamen z. B. im Arbeitsamt Brandenburg im März d. J. auf 719 635 männliche Arbeitsgesuche lediglich 18 001 offene Stellen, während auf 266 017 weibliche Arbeitsgesuche 23 875 offene Stellen entfielen. Bei fast dreifach stärkerer männlicher Arbeitslosigkeit eine absolut größere Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften. Auf 100 männliche Arbeitsgesuche kamen im März in Brandenburg 2,5 auf 100 weibliche Arbeitsgesuche aber 8,9 offene Stellen, und in Sachsen betrug dieses Verhältnis 1,5 bei den Männern und 4,9 bei den Frauen. Die durch und durch reaktionäre Lohnpolitik müssen die Frauen mit doppelter Entbehrung, die Männer mit stärkerer Arbeitslosigkeit büßen.

Mit Nachdruck verweisen daher die lohnpolitischen Anträge zum Verbandstag des DMV auf die alte gewerkschaftliche Forderung: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“. Nun geht aber die Entwicklung in den modernen Betrieben dahin, daß gleiche Arbeiten immer seltener von Frauen und Männern gleichzeitig verrichtet werden, daß vielmehr verschiedene Arbeitsverrichtungen für männliche und weibliche Arbeiter die Regel sind. Das kommt erstens daher, weil man durch verschiedene Eignungsprüfungen für Arbeiter beider Geschlechter ihre Auslese nach Befähigung trifft und Frauen dort beschäftigt, wo sie leistungsfähiger sind als Männer. Andererseits wird zum Zwecke der Lohnersparnis Männerarbeit durch Frauenarbeit ersetzt, sofern Frauen dasselbe leisten können wie Männer. In beiden Fällen ist nicht etwa Minderleistung die Ursache der Minderbezahlung der Frau, sondern umgekehrt, die Frauenarbeit ist so begehrt, weil man gleichwertige Frauenleistungen für so viel niedrigere Frauenlöhne kaufen kann.

Die Gewerkschaften müssen daher fordern, gleichen Lohn auch für gleichwertige Arbeit, wodurch eben zum Ausdruck gebracht werden soll, daß ausgesprochene Frauenarbeit, bei der wegen ihrer Verschiedenheit eine Vergleichsmöglichkeit mit Männerarbeit nicht gegeben sei, an sich gleichwertig sein kann und dementsprechend zu entlohnen ist.

Nur durch diese radikale Umwertung der ausgesprochenen Frauenarbeit, vor allem der weiblichen Fabrikarbeit, können die Arbeiterinnen dem doppelten Lohndruck und die Männer der zunehmenden Gefahr ihrer Verdrängung durch Frauen entgehen.

Nichts beweist deutlicher die dringende Notwendigkeit der Umwertung der Frauenarbeit entsprechend den effektiven Frauenleistungen als die Erfahrungen derjenigen Verwaltungen, die die Forderung der gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit im Tarifvertrag durchsetzen. In einem solchen Tarifgebiet wurden z. B. in einem Betrieb nur Männer mit der Herstellung von Möbelschlossern beschäftigt. Der Fabrikant wollte aber diese Artikel von Arbeiterinnen herstellen lassen. Er stellte einige in diese Abteilung ein, und nach kurzer Zeit wurden die männlichen Schlosser entlassen und die Arbeit nur noch von Frauen verrichtet. Solange männliche und weibliche Arbeiter diese Schlossarbeiten ausführten, mußte der Unternehmer gemäß der Bestimmung des betreffenden Tarifvertrages den Frauen die gleichen Akkordsätze wie

den Männern zahlen. Sobald aber die Unternehmer die Männer verdrängt hatten, und diese Schlosser nur von Frauen hergestellt wurden, entledigten sie sich der Pflicht, den Arbeiterinnen die gleichen Akkordsätze zu zahlen mit der Begründung, daß die Frauen nunmehr nicht die gleichen Arbeiten machten wie die Männer.

Auf diese recht bequeme Art wird ursprüngliche Männerarbeit zur ausgesprochenen Frauenarbeit gestempelt, und „Männerakkorde“ werden in „Frauenakkorde“ im Handumdrehen verwandelt mit der so willkommenen Lohnersparnis von 30 bis 40 vH.

Dieser Überausbeutung der Arbeiterinnen, die die Verdrängung der Männer in zunehmendem Maße mit sich zieht, könnte durch folgende Tarifbestimmung ein Riegel vorgeschoben werden:

„Wenn Frauen Arbeiten übertragen werden, die bis dahin nur Männer machten, gelten die gleichen Akkordsätze.“

Heute kommt es allerdings vor, daß, wenn Frauenarbeit Männern übertragen wird, diese eine Zulage zu beanspruchen haben, wodurch die sachlich durchaus unberechtigte Minderbezahlung der Frau erst recht zum Vorschein kommt. Der Tiefstand der Frauenlöhne rührt auch daher, daß vielfach sämtliche Arbeiterinnen in einer Lohngruppe zusammengefaßt werden und daß selbst in den Fällen, wo die Unterteilung durchgeführt ist, die Differenz der Tarifstundenlöhne viel geringer bemessen ist, als bei den entsprechenden Gruppen der Männer.

Die Aufrechterhaltung der herkömmlichen Lohnstaffelung zugunsten der Arbeiterinnen entbehrt im Zeitalter der Rationalisierung jeglicher sachlichen Berechtigung. Wie sehr die Unternehmer Vernunft in Unsinn verwandeln, um die Unterbezahlung der Arbeiterin zu verewigen, zeigt folgendes Beispiel:

Im Lohnabkommen zwischen der Betriebsleitung eines Großbetriebes der Autoindustrie und dem Arbeiterrat heißt es ausdrücklich: „Die Einstelllöhne werden ausschließlich nach der Art der Arbeit bemessen, die der einzelne Arbeiter verrichtet, gleichviel, ob sie von einem gelernten, angelernten oder ungelerten Arbeiter ausgeführt wird.“ Trotz dieser unzweideutigen Bestimmung werden auch hier sämtliche Arbeiterinnen in einer Sondergruppe mit der üblichen Minderbezahlung zusammengefaßt.

In diesem Falle tritt besonders kraß zum Vorschein, wie sehr die Unternehmer von den Arbeiterinnen lediglich wegen ihrer Geschlechtszugehörigkeit Übergewinne einheimen, mag es sich auch um notorisch gleiche oder unzweifelhaft gleichwertige Leistungen handeln.

Die Vergrößerung der Lohnspanne mahnt zu außerordentlichen Anstrengungen in der gewerkschaftlichen Werbe- und Aufklärungsarbeit unter den Frauen. Die Aufrüttelung der Arbeiterinnen zu Hause und im Betrieb zum gewerkschaftlichen Kampf um die Hebung der Frauenlöhne gehört zu den bedeutungsvollsten Aufgaben auch der Männer.

Judith Grünfeld.

Enttäuschungen auf der Walze

Wer sich heutzutage auf die Wanderschaft begibt in dem Glauben, doch noch irgendwo, und sei es auch nur kurze Zeit, Arbeit zu finden, der täuscht sich sehr. Er wird bald feststellen, daß es anderswo genau so trostlos aussieht wie daheim. Noch eine andere Enttäuschung wurde mir zuteil, und keine kleinere.

Die Kollegen auf der Wanderschaft sind finanziell meist sehr schlecht bestellt. Infolgedessen hoffen sie stark billige Unterkunft in den Gewerkschaftshäusern und anderen Lokalen der Arbeiterschaft, oder dort doch bei Regentagen einen Aufenthalt zu finden. Diese Hoffnung ist manchmal trügerisch. In vielen Fällen bleibt den reisenden Kollegen nur die Wahl, bei Mutter Grün, in der „Heimat“ oder im Obdachlosenasyll zu übernachten. In den Gewerkschaftshäusern der Großstädte sind teilweise Übernachtungsmöglichkeiten vorgesehen, die aber durchschnittlich für den wandelnden Kollegen zu teuer sind. Die Restaurationsräume in manchen Gewerkschaftshäusern sind so bürgerlich aufgezogen, daß sich ein durchreisender Kollege, um keinen Anstoß zu erregen, gar nicht hineintraut, selbst wenn er mal in der Lage ist, ein Glas Bier kaufen zu können. Die Geschäftsführer richten sich nach ihren Anweisungen; sie achten darauf, daß auch was verzehrt wird. Das ist natürlich verständlich. Aber dennoch kommt das einem vom Lande stammenden Reisenden spanisch vor, denn er ist daheim gewöhnt, sich stundenlang im Verkehrsalokal aufzuhalten, ohne alle zehn Minuten gefräßt zu werden, ob er was trinken will, oder daraufhin gemustert zu werden, ob er einen weißen Kragen oder eine saubere Kluft an hat.

Da ich mit dem Fahrrad auf der Walze war, hatte ich wiederholt noch nicht einmal die Möglichkeit, mein Rad unterzustellen. In Cuxhaven hätte ich es erst nach Lösung einer Schlafmarke unterstellen dürfen. In verschiedenen Orten bekam ich zu hören, daß es eine Gewerkschaftsberberge nicht gebe, ich solle getrost in die „Heimat“ gehen, dort sei es auch nicht schlecht. In dem neuen und prächtigen Gewerkschaftshaus einer mitteldeutschen Großstadt fand ich zwar Restauration und Ausstellngsläden, aber kein Fremdenzimmer für reisende Kollegen, keinen Raum, wo sie sich tagsüber aufhalten und ungestört ausruhen können.

Zuweilen läßt auch der Ton zwischen den reisenden Kollegen und den örtlichen Besetzen manches zu wünschen übrig. Etwas mehr Entgegenkommen und Freundlichkeit würde viel gegen die Entstellung der „Kluft“ wirken.

Es soll aber auch nicht unerwähnt bleiben, daß ich erwerbslose Kollegen zahlreich getroffen habe, die, obwohl sie selbst nichts haben, sich ohne viel Worte hilfsbereit zeigten und mich mit in ihre Wohnung nahmen und mir dort Gelegenheit zum Waschen und Umziehen boten, ja sogar mit Speise und Trank aufwarteten.

Ich hoffe, mit meinen Zeilen die Aufmerksamkeit auf ein Gebiet zu lenken, wo noch vieles im Argen liegt und verbessert werden muß.

Richard B. Zerbst

Opfert für die Eisene Front

Auf der ganzen Linie hat die Eisene Front im Zeichen der Freiheitsliebe den Kampf gegen Faschismus und Reaktion aufgenommen. Große Geldmittel erfordert dieser Kampf, der erfolgreich nur dann durchgeführt werden kann, wenn jeder Republikaner nach seinem Können zur Aufbringung der Kampfmittel beiträgt.

Wer daher nicht Freiheitsopfer-Marken der Eisernen Front beziehen kann, der sende eine Spende an die Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte, Depotkassens Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Postfach 141 528, Konto 624 Eisene Front.

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 31. Juli, ist der 82. Wochenbeitrag für die Zeit vom 31. Juli bis 6. August 1932 fällig.

Wir wiederholen das dringende Ersuchen des Vorstandes des Holländischen Metallarbeiterverbandes, unsere Mitglieder zu unterrichten, daß in Holland die Arbeitslosigkeit ganz außerordentlich zugenommen hat. Es ist deshalb nicht die geringste Aussicht für ausländische Kollegen, in Holland Arbeit zu bekommen. Die holländische Bruderorganisation, die an ihre eigenen Mitglieder Reiseunterstützung nicht zahlt, kann deshalb künftig an zureisende deutsche Kollegen keine Reiseunterstützung zur Auszahlung bringen. Wir raten unseren Mitgliedern dringend, diese Warnung zu beachten.

Aufforderung zur Rechtfertigung!

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungen stellen, denen die Adresse des Aufgeforderten bekannt ist, wollen diese an den Vorstand melden. Das Mitgliedsbuch ist an den Vorstand einzusenden.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Görlitz:

Der Schlosser Alfred Hanspach, geb. am 2. April 1913 in Neukölln, Mitgliedsbuch Nr. 6 785 336, wegen Schädigung des Verbandes.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Greifenhagen:
Der Schlosser Friedrich Wiesner, geb. am 2. April 1886 in Brückenkopf, Mitgliedsbuch Nr. 6 270 492, wegen unkollegialen Verhaltens und Schädigung der Verbandsinteressen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorsitzende

Funktionärinnenkurs in Dürrenberg

Unsere Wirtschaftsschule in Dürrenberg bietet den Funktionärinnen des DMV Gelegenheit zur Schulung. Jedes Jahr findet ein Kursus für Funktionärinnen statt. Der diesjährige, vom 16. Juni bis 9. Juli, zählte 36 Teilnehmerinnen. Er war trotz der geistigen Anstrengung eine Erholung und Entspannung.

Der Unterricht wird in Form einer Arbeitsgemeinschaft geführt. Die Lehrer arbeiten den Stoff in verständlicher Art mit den Schülerinnen durch. Arbeitsrecht, bürgerliches Recht, Ehe-recht, Akkumulation des Kapitals, Mehrwert, Konkurrenz, die kapitalistische Wirtschaft vor und nach dem Kriege, Währung und Finanzpolitik wurden behandelt. Diese Gegenstände wurden ergänzt durch Gastlehrer. Gertrud Hanna sprach über die inneren Beziehungen der Organisation zur Frau, Genossin Grünfeld über „Wirtschaftskrise und Frauen“. Außerdem sprachen noch die Genossin Gladisch, die Genossen Fränkel, Handke und Dr. Mimonewitsch. Dieser sprach über den § 218; er zeigte die politische Bedeutung und Auswirkung dieses Paragraphen für die Frau.

Außer den Unterrichtsstunden fand eine Fahrt nach Leipzig statt, wo die Bundesschule des freien Arbeitersportvereins, das Volkshaus und der Konsumverein besichtigt wurde. Mit Stolz erfüllte es uns, als wir die Einrichtungen, die sich die Arbeiterschaft aus eigener Kraft erbaut, bewundern durften.

Rege Aussprachen ergaben die Agitationsfragen der einzelnen Verwaltungsstellen. Es stellte sich heraus, daß es noch vieler Arbeit bedarf, um überall Frauengruppen zu bilden. Gerade jetzt müssen wir versuchen an die organisierten Frauen und Mädchen heranzukommen, sie zusammenfassen und zu stählen für die bevorstehenden Kämpfe der Arbeiterschaft. Diese Arbeit und Mühe ist lohnend; sie wirkt sich aus insofern, als dann die aufgeklärte Arbeiterin neben den Kollegen steht und mit ihm kämpft gegen Faschismus und Unterdrückung.

Wir möchten alle Kolleginnen ermahnen, mitzuhelfen an der Stärkung des Verbandes durch aktive Mitarbeit. Vor allem allerwärts Arbeiterinnengruppen zu bilden. Denn dies geschieht ja zu ihrem Wohle.

Margarete Kober, Dresden.

Jubilärfest in Erlangen

Am 10. Juli beging die Verwaltungsstelle Erlangen die Feier ihres 40jährigen Bestehens, verbunden mit der Ehrung der 86 Jubilare, die dem Verband über 25 Jahre angehören und noch nicht geehrt wurden.

Der Vorsitzende, Kollege Ritzer, begrüßte mit herzlichen Worten die Erschienenen und Jubilare. Die Festansprache hielt als Vertreter des Hauptvorstandes der Koll. Handke. Er überbrachte die Grüße des Hauptvorstandes und übermittelte den Jubilaren Dank und Anerkennung für ihre Treue und für ihre treue Mitarbeit am Aufbau der Metallarbeiterbewegung. Er schilderte die Anfangsjahre der Bewegung, die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren und die großen Opfer, die gebracht werden mußten. Er streifte dann die Verhältnisse der Gegenwart und forderte zu festerem Zusammenschluß auf, um auch über diese Notzeit hinwegzukommen. Der II. Bevollmächtigte, Koll. Paulus, richtete herzliche Worte des Dankes an die Jubilare und würdigte insbesondere die Verdienste des Kollegen Ritzer an der Metallarbeiterbewegung, sowie die des früheren Vorsitzenden, Koll. Hofmann. Den Jubilaren wurde eine künstlerisch ausgearbeitete Ehrenurkunde und eine Geldbörse mit Inhalt überreicht. Koll. Nápfein überbrachte die Glückwünsche der Bezirksleitung und Koll. Geyer dankte im Namen der Jubilare für die Ehrung und versprach auch weiterhin alles für die Organisation einzusetzen.

Am Nachmittag vereinigte sich die Gesamtkollegenschaft zu einer Familienfeier im Volksgarten. Um es auch den Ausgesteuerten möglich zu machen, an der Feier teilzunehmen, hatte die Verwaltung beschlossen, an die männlichen Ausgesteuerten 3 Mark und an die weiblichen Ausgesteuerten 2 Mark aus der Lokalkasse auszugeben. Zahlreich hatten sich die Mitglieder eingefunden. Hier sprachen nochmals die Koll. Handke und auch der Koll. Nápfein. Ihre Ausführungen gipfelten darin, alles einzusetzen um einen Sieg des Faschismus zu verhindern, sie schilderten die großen Leistungen des Verbandes und die Erfolge, die erreicht werden konnten und erzielten mit ihren inhaltsreichen Darlegungen, die durch Lautsprecher übertragen wurden, reichen Beifall. Als der Tag von der Nacht sich schied hatte diese in allen Teilen wohlgeklungen und für den Verband werbende Veranstaltung ihr Ende erreicht. Besonders dadurch, daß die Verwaltung es möglich gemacht hatte, den Ausgesteuerten die Teilnahme an der Veranstaltung zu ermöglichen, hat sie sich überall Anerkennung erworben.

Die Metallarbeiter-Zeitung

gründlich lesen, dann weitergeben
an Unorganisierte und Gleichgültige.
Werkt mit eurer Zeitung für eure Sache!

Die Veteranen belagern das Kapitol

F. K. Vor zwei Monaten setzten sich in allen Teilen der Vereinigten Staaten Menschenhaufen in Bewegung. Ihr Ziel war Washington. Sie waren meist zerlummt und verhungert. In manchen der Haufen marschierten ganze Familien. Zuweilen verlangten die Haufen von den Gemeinden Nahrung, Obdach und freie Weiterfahrt. Die Behörden gewährten wohl oder übel das Geforderte. Gewiß trugen sie sich auch mit der Absicht, die Polizei gegen die unangenehme Einquartierung in Anspruch zu nehmen. Sie kamen aber bald wieder davon ab. Ja, wenn das gewöhnliche Arbeitslose gewesen wären, hätte man sie mit Hilfe der Polizei ohne Umschweife vertrieben. Das aber konnte man mit diesen Haufen nicht tun — denn sie setzten sich zusammen aus den Veteranen des Weltkrieges, die man doch als Helden gefeiert und die ihr Leben für die Ehre des Vaterlandes gewagt hatten.

Die Vereinigten Staaten haben ihre Kriegsteilnehmer bedeutend besser versorgt, als irgendein anderes Land. Es werden selbst solchen Leuten Unterstützung und nicht unbedeutende Vergünstigungen gewährt, die unverwundet sind und auf keinem Schlachtfeld waren. Sie werden belohnt für ihre bloße Bereitwilligkeit, dem Vaterlande im Kriege zu dienen. Zu den verschiedenen Unterstützungen ist den Kriegsteilnehmern noch ein Bonus gewährt worden, der aber erst nach einer bestimmten Zeit ausgezahlt wird. Der Bonus kann zwar jetzt schon beliehen werden, aber nur zu einem niedrigen Satz.

Amerikanische Soldaten keine Grünhörer

Die Wirtschaftsnöte hat natürlich auch an den Veteranen nicht halt gemacht. Viele sind arbeitslos geworden, sind in Not gekommen und erwarten nun, daß der Staat ihnen beispringt, wie sie einst dem Staat in seiner Not beigeprungen sind. Sie verlangen, daß die Gesetzgeber die sofortige Barauszahlung des Bonus beschließen. Um die Gesetzgeber dazu zu bewegen, marschieren die Veteranen nach Washington. Hinweise auf ihre vaterländische Gesinnung, die Opferwilligkeit bedeute, fruchten bei den amerikanischen Kriegsteilnehmern nichts. Sie würden den, der solche Hinweise brächte, für ein europäisches Grünhorn halten. Verständlich.

Die amerikanischen Proletarier kamen zum Kriegsdienst aus Abenteuerlust, durch Überredung oder durch Zwang. Immer aber vergaßen sie nicht, was ihnen von der großen Presse ihres Landes oder ihres Unternehmers eingeleutet worden war: sie müßten wirtschaftlich, kapitalistisch denken und nicht irgendwelchen Phantasien oder gesellschaftlichen Nebelgebilden verfallen, dann werde ihnen Aufstieg und Wohlfahrt blühen. Dabei sind sie auch geblieben, als sie in die Kaserne kamen, und sind dabei geblieben, als sie von der Fahne schieden.

Wie hätten es die Cowboys von der Prärie oder die Knechte von der Farm, oder die Erzgräber aus dem Felsengebirge anders halten können? Sie würden gedrillt und aufs Schlachtfeld nach Frankreich geschickt, damit den amerikanischen Kapitalisten die vielen Millionen, die sie an England und Frankreich gegen guten Zins geliehen hatten, gesichert würden. Die Kapitalisten selbst blieben daheim, um weiter Kriegsgeschäfte zu machen, schickten aber die Proletarier in den Krieg, um die Millionen zu retten.

Mit dem Siege waren die Millionen gerettet. Nun war es doch bloß recht und billig, davon etwas für die abzugeben, die die Millionen den Kapitalisten gerettet hatten. Aus reinem patriotischen Idealismus Knochen und Leben zu riskieren, das war den amerikanischen Proletariern nicht im Traum eingefallen. Man konnte ihnen doch wohl nicht zumuten, über den Krieg weniger materiell zu denken als die großen Patrioten. In Europa, da konnte man dergleichen vielleicht von den Proletariern erwarten, aber bei ihnen, den freien amerikanischen Bürgern, den zu kapitalistischem Denken erzogenen Bürgern, war eine derartige Erwartung vollendeter Schwachsinn.

Weil die amerikanischen Kriegsteilnehmer keine einfältigen Tröpfe sind, marschierten sie nach Washington. Sie richteten sich in den Parkanlagen, die das Kapitol umsäumen, häuslich ein. Bauten sich Buden und Zelte, kochten darin und waschen im Freien. Zu beiden Seiten der prächtigen Pennsylvania Avenue, die das Kapitol mit dem Weißen Hause verbindet, flattern die gewaschenen Unterhosen, Hemden und Monturen, und was für welche. Sie sollen da trocknen. Das tun die 15 000 bis 20 000 Mann nun seit Wochen. Die sogenannte Bonus-Armee erneuert sich ständig. Kleine Haufen ziehen ab, größere ziehen zu. Die Hoffnung der Behörden, daß sich diese im Stillen verdammt Armee allgemach verkümmere, ist bis jetzt umsonst.

Die unterhaltsame Belagerung

Die Bonus-Armee besteht aus alten Soldaten. Die wissen, wie man den Lebensbedarf requiriert. Sie wissen auch, daß man die Mannschaften ständig in Bewegung halten muß. Darum werden in einem fort Apelle abgehalten. Dem schließen sich Umzüge um das Kapitol an. Auf dessen großer Freitreppe spielen die Musikkapellen der Bonus-Armee. Dann singen die alten Soldaten die einst eingetrichterten Kriegslieder. Es sind auch Kavalleristen da. Die können natürlich nicht ohne Reittiere sein. Sehr kluge Tiere haben die Cowboys mitgebracht. Einer von ihnen Eseln ist zum Schreien abgerichtet. Sobald ihm sein Herr einen Wink gibt, erläßt das kluge Langohr sein allseitig bekanntes Lied erschallen. Es werden ununterbrochen Abordnungen ins Kapitol geschickt, die sich bei den dort versammelten Gesetzgebern nach dem Stande der Bonus-Sache erkundigen. Die Herren Gesetzgeber werden beim Eintritt oder Verlassen des Kapitols gestellt und zu bewegen versucht, den Bonus zu regeln. Diese Art von Beeinflussung geschieht in alter Soldatenart, also etwas gefühlvoll.

Nach alledem wird man glauben, daß es weder der Bonus-Armee noch den Herren Gesetzgebern an Unterhaltung fehlt. Den letzteren ist, was man ebenfalls glauben wird, die Unterhaltung etwas langweilig. In den beiden Häusern des Kongresses, im Abgeordnetenhaus wie im Senat, wurde schon gesagt, dies sei „eine äußerst

gefährliche Affäre“ und käme einer Einschüchterung gleich. Die Veteranen ihrerseits meinen, der Krieg sei gleichfalls eine äußerst gefährliche Affäre gewesen und die Art der Soldatenwerbung sei sicherlich auch einer Einschüchterung gleichgekommen.

Die Bundesbehörde wie die Washingtoner Polizei können sich der Ansicht nicht verschließen, daß die „Affäre“ stimmungshemmend ist. Der Meinung sind auch die tonangebenden Kreise der Stadt, also die hohe Diplomatie und die mit der Gesetzgebungsindustrie verknüpften Herrschaften. Sie befürchten, daß noch gewöhnliche Arbeitslose nach Washington kommen könnten, zumal es in deren Umkreis an die 1 1/2 Millionen gibt, da tagtäglich viele Familien wegen Mietschulden auf die Straße gesetzt werden. Übrigens sei es der Gesundheit der Hauptstadt nicht förderlich, 20 000 Menschen in öffentlichen Anlagen kampieren zu lassen, ohne jede Einrichtung zum Verrichten der menschlichen Bedürfnisse.

Aus diesen und aus noch anderen Gründen versucht die Obrigkeit, die Veteranen zum Abzug zu bewegen. Im Senat ist eine Vorlage unterbreitet, 100 000 Dollar für die Unterstützung und den (Ab-)Transport für die jetzt in Washington befindlichen Veteranen bereit zu stellen. Die Opposition des Senats wandte sich dagegen mit der Begründung, daß die Veteranen, die zur Einschüchterung der Gesetzgeber gekommen seien, keine Unterstützung verdienten, ganz abgesehen davon, daß, wenn die Arbeitslosen hörten, daß es in Washington Unterstützung und Reisegeld gäbe, bald das Kapitol von hungrigen Männern, Frauen und Kindern überschwemmt sein werde.

So etwa ist der Stand dieser Dinge nach den neuesten amerikanischen Zeitungen. Die große Mehrheit der gesetzgebenden Körperschaft weigert sich, den Bonus in bar zu bewilligen (was 8—9 Milliarden Dollar kosten würde), und die Veteranen weigern sich abzuziehen. Für sie ist es in Washington nicht gerade angenehm, aber daheim ist es ohne Geld und Arbeit noch übler. Sie sind daher entschlossen zu bleiben, wenn es sein müsse, „bis zum Jahre 1945“. Man wird verstehen, daß diese „gefährliche Affäre“ den Staatsweisen von Washington die Stimmung verdirbt.

Die Frage des Veteranen ist ein Teil des Arbeitslosenproblems. Mit dessen Lösung wäre auch die Forderung der Veteranen erfüllt. Doch die amerikanische Regierung ist so wenig wie manche andere geneigt, die Opfer der kapitalistischen Mißwirtschaft zu unterstützen. Es ist daher zu befürchten, daß die Veteranen vergeblich nach Washington gekommen sind.

Ende des Ausstandes in Belgien

Nach dem Brüsseler Peuple und anderen belgischen Zeitungen ist der Ausstand in Belgien beendet. Die Ausständigen seien in die Betriebe zurückgekehrt oder im Begriffe, es zu tun, nachdem ihre Forderungen von der Regierung und den Unternehmern bewilligt seien oder die Bewilligung in sicherer Aussicht stünde.

Was ist nun erreicht worden? Vor allem wird das Brot nicht noch durch Steuern verteuert werden. Die wichtige Forderung, die vorhandene Arbeit gerecht unter sämtlichen Arbeitern zu verteilen, soll am 22. Juli geprüft werden im Sinne der Erfüllung. Und schließlich ist für ein Drittel der Arbeiterschaft (für 182 000 Bergleute, 203 000 Metallarbeiter und für 237 000 andere Berufe) verbürgt worden, daß es keinen Lohnabzug mehr geben werde.

Die zweite Forderung (Verteilung der Arbeit) ist für die Arbeiter sicherlich ein viel größeres Opfer als für die Unternehmer. Denn die 600 000 Arbeiter wollen so viel kürzer schaffen, um die 300 000 Erwerbslosen unterzubringen, was wohl, solange keine gegenteilige Meldung vorliegt, dahin aufzufassen ist, daß eine entsprechende Kürzung des Verdienstes eintritt. Ob die Unternehmer die andere Forderung, die jetzigen Löhne nicht mehr zu kürzen, erfüllen, muß abgewartet werden. Immerhin möchten wir, ohne dafür eine Garantie übernehmen zu können, meinen, daß die Unternehmer jetzt einigen Grund haben, zu ihrem Versprechen zu stehen. Denn an diesen Ausstand werden sie noch lange denken.

Dieser Ausstand breitete sich erstaunlich schnell aus und brachte sehr deutliche Beweise dafür, daß die Geduld der Arbeiter zu Ende ist. Diesen Sturm in der industriellen Wetter-



ecke Belgiens wollte die Regierung wieder nach dem Schema ersticken, das die klerikalen Regierungen vor drei und vier Jahrzehnten anwandten, nämlich flämische Truppen nach dem französischen oder wallonischen Landesteil zu schicken. Es sollte der alte Gegensatz zwischen den Flamen und den Wallonen für die Sache des Unternehmertums auch diesmal genutzt werden. Die Regierung muß bald inne geworden sein, daß es mit diesem Trick nicht mehr geht. Die Verbrüderung der Soldaten mit den Ausständigen war wohl zu befürchten.

Die Regierung hat dann um das Ubergreifen des Feuerbrandes auf die nördlichen Landesteile, auf die flämischen Provinzen, dadurch zu hemmen gesucht, daß sie für den diese Gebietsteile trennenden Landesstreifen den Belagerungszustand oder dergleichen verhängte. Erfolg war dieser Maßnahme nicht beschieden. Noch ehe sie richtig bekannt war, hatten die Arbeiter in flämischen Städten gleichfalls die Betriebe verlassen. Es hätte nur noch wenig Zeit bedurft, um den Ausstand zu einem ganz allgemeinen zu machen. Die Alarmrufe aus dem wallonischen Industriebezirk waren für die Regierung baredt genug, um nach einer Befriedung zu suchen. Daß sie dazu bereit war, lassen ihre Erklärungen in mehreren Kammersitzungen annehmen.

Nach den allerneuesten Meldungen aus den Kohlenbezirken Le Centre und der Borinage scheinen dort verschiedene Arbeitergruppen noch im Ausstande zu verharren. Ob dies die Arbeiter aus eigenem tun oder wegen technischer Hemmnisse, ist zur Stunde nicht zu sagen.

Die Autarkiebewegung in Frankreich

Auch in Frankreich gibt es eine von den Nationalisten getragene starke Autarkiebewegung, die unter dem Motto „Kauf französische Waren“ für die Absperrung vom Weltverkehr eine sehr verbreitete Propaganda macht. Auf den ersten Blick würde es scheinen, als ob die wirtschaftlichen Voraussetzungen in einem Land wie Frankreich für die Autarkie günstiger stünden als in manchen anderen Ländern, z. B. in Deutschland, in dem für die „Selbstgenügsamkeit“ ebenfalls eine starke Agitation getrieben wird. Die französische Produktion ist mit der Weltwirtschaft nicht so stark verflochten wie die Deutschlands oder Englands. Auch hat Frankreich umfangreiche Kolonien, die einen Teil des französischen Warenüberschusses aufnehmen können. Die nähere Untersuchung zeigt aber, daß die französische Autarkiebewegung, auch vom Standpunkt der französischen Wirtschaft gesehen, ebenso töricht und schädlich ist wie in anderen Ländern. Unlängst wurde in der Wirtschaftszeitung „L'Information“ unwiderleglich gezeigt, daß sich Frankreich mit der Autarkie nur ins eigene Fleisch schneiden würde.

Wie in der „L'Information“ ausführlich geschildert wird, hat Frankreich einen Einfuhrbedarf an Brennstoffen in Höhe von 35 vH des Inlandsverbrauchs. Für Petroleum und Kupfer ist Frankreich völlig auf Einfuhr angewiesen. Von der umfangreichen Wolleneinfuhr liefern Algerien und Marokko, von der Baumwolleneinfuhr die ostafrikanischen Kolonien nur winzige Bruchteile. Auch der Einfuhrbedarf an Kopal, Gummi, Leinsat und Jute kann nur zum geringsten Teil aus den Kolonien gedeckt werden. Was aber die Lebensmittel einfuhr anbelangt, so handelt es sich dabei überwiegend um Genussmittel, Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze, auf deren Einfuhr nicht verzichtet werden kann.

So ist es allein die Fertigwareneinfuhr, die noch gedrosselt werden könnte. Diese betrug 1931 9 Milliarden Franken. Nehmen wir nun an, daß diese Einfuhr um zwei Drittel gesenkt wird, von 9 auf 3 Milliarden Franken. Frankreich selbst führt Fertigwaren aus in Höhe von 19 Milliarden Franken. Da das Ausland eine französische Einfuhrdrosselung mit Gegenmaßnahmen beantworten würde, müßte diese Ausfuhr zurückgehen. Beträge dieser Rückgang nur ein Drittel, so würde die französische Fertigwarenausfuhr von 19 auf 12,6 Milliarden sinken. Da im Vorjahre einer Einfuhr von 42 Milliarden eine Ausfuhr von 30 Milliarden gegenüberstand, wäre die Folge der Einfuhrdrosselung der Rückgang der Einfuhr auf 36 Milliarden, der Rückgang der Ausfuhr auf 23,6 Milliarden Franken, so daß eine Besserung der Handelsbilanz nicht eintreten, die Handelsbilanz sich vielmehr noch verschlechtern würde. Hinzu kommt noch, daß Frankreich vornehmlich Luxuswaren ausführt, in welchen viel mehr Arbeit steckt, als in den eingeführten Rohstoffen. Da die Herstellung von Luxusgütern verhältnismäßig wenig Rohstoffe beansprucht, würde der Einfuhrbedarf an Rohstoffen bei einem Rückgang der Luxuswarenausfuhr nicht stark zurückgehen. Die Arbeiter würden durch den Ausfuhrückgang an Beschäftigung viel mehr verlieren, als sie durch die Einfuhrdrosselung gewinnen könnten.

Man muß außerdem noch folgendes bedenken: Im laufenden Jahre sank der Außenhandel (Ein- und Ausfuhr in den ersten fünf Monaten von 33 Milliarden 1931 auf 21 Milliarden 1932; der Einfuhrüberschuß verminderte sich zwar gegenüber dem Vorjahre um 25 vH, der Außenhandelsumsatz dagegen um 35 vH (gegenüber 1930 sogar 50 vH). Das Defizit des Außenhandels ist in Wirklichkeit verhältnismäßig nicht gesunken, sondern gestiegen, da durch die Schrumpfung des Umsatzes Produktions- und Gewinnmöglichkeiten in Frankreich ausgefallen sind. Auch hat Frankreich einen großen Fremdenverkehr, in dem gewaltige Kapitalien angelegt sind. Der Einfuhrüberschuß wurde stets in erster Linie aus dem Ertrag des Fremdenverkehrs bezahlt. Die Drosselung der Wareneinfuhr müßte unfehlbar zu einer weiteren Schrumpfung auch des Fremdenverkehrs, der wirtschaftlich der Warenausfuhr gleichkommt, führen. So kommt auch „L'Information“ zu dem Ergebnis, daß die Autarkiebewegung in Frankreich nichts anderes ist als eine reine Interessenbewegung bestimmter Produzentengruppen, die davon einen unmittelbaren Vorteil gewinnen möchten, während die Autarkie der französischen Volkswirtschaft schwere Schäden zufügen würde.

Zustände auf einem Industrieneubau

Wie der Trud vom 29. Juni meldet, soll das große Chemiewerk Aktjubinstroj in Aktjubinsk (Russisch-Mittelasiens) am 15. Oktober dieses Jahres in Betrieb gesetzt werden. Dies ist bereits der dritte Inbetriebsetzungstermin, da die ersten beiden Termine von der Bauleitung nicht eingehalten werden konnten. Auch der dritte Termin dürfte nicht eingehalten werden, da an der Baustelle völliges Durcheinander herrscht. Die Organisation der Arbeit ist sehr schlecht. Die Arbeiter wissen heute nicht, was sie morgen zu tun haben werden. Die einzelnen Arbeiterbrigaden haben keine Arbeitsvorschläge. Die neue Lohnregelung ist nicht durchgeführt worden. Die Akkordlohnsätze gelangen nicht zur Anwendung. In den Arbeiterbaracken herrscht Schmutz, es fehlt an Wasser. In den letzten sechs Monaten der Bauzeit hat die Konsumgenossenschaft an der Baustelle 11 000 Rubel Reingewinn gehabt, im Geschäftsbericht wurde dieser Gewinn jedoch unterschlagen und ein Verlust in Höhe von 2000 Rubel ausgewiesen. Im Laden der Konsumgenossenschaft werden die Arbeiter gezwungen, Waren, die sie nicht benötigen, zu kaufen. So hätte ein Arbeiter für 33 Kopeken Mehl gekauft und mußte gleichzeitig für 1 Rubel Knöpfe mitnehmen. Das Gemüse aus dem Gemüsegarten der Konsumgenossenschaft wird verschleudert bzw. den leitenden Funktionären als Geschenk dargebracht. So wurden beispielsweise zwei Waggons Gemüse der Bundesvereinigung, die den Bauleitungen unterstellt ist, gesandt. Die Arbeiterspeichalle Nr. 2 erhielt im April nach dem Geschäftsbericht angeblich 2349 kg Fleisch, in Wirklichkeit bezog sie nur 1588 kg, die übrige Fleischmenge wurde verschleudert. Die Behandlung der nicht-russischen Arbeiter weist offen chauvinistische Momente auf.

Wer ist hilfsbedürftig?

Nach der Notverordnungsneuregelung der Arbeitslosenversicherung wird mit dem Ablauf der ersten 6 Wochen die Arbeitslosenunterstützung nur weiter gewährt, wenn der Arbeitslose hilfsbedürftig ist. Auch Krisenunterstützung wird nurmehr gewährt, wenn Hilfsbedürftigkeit vorliegt.

Wer ist hilfsbedürftig? In den Reichsgrundsätzen über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 1. August 1931 heißt es im § 5: Hilfsbedürftig ist, wer den notwendigen Lebensbedarf für sich und seine Angehörigen nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln schaffen kann und ihn auch nicht von anderer Seite, insbesondere von Angehörigen, erhält. Zum notwendigen Lebensbedarf gehört nach § 6 der Lebensunterhalt, insbesondere Unterkunft, Nahrung, Kleidung und Pflege. Außerdem ist der § 8 von besonderer Bedeutung. Dieser besagt:

1. Zu den eigenen Mitteln, die der Hilfsbedürftige einsetzen muß, ehe ihm die Fürsorge Hilfe gewährt, ist sein gesamtes verwertbares Vermögen und Einkommen zu rechnen, besonders Bezüge in Geld oder Geldeswert aus gegenwärtigem oder früherem Arbeits- oder Dienstverhältnis und aus Unterhalt oder Rentenanprüchen öffentlicher oder privater Art.

2. Als verwertbar gelten nicht Gegenstände, die zur persönlichen Fortsetzung der Erwerbstätigkeit unentbehrlich sind.

3. Die Fürsorge soll, besonders bei alten, bei noch nicht erwerbsfähigen und bei erwerbsbeschränkten Personen, die vorherige Verwertung kleiner Vermögen oder Vermögensteile nicht verlangen, wenn dadurch die Not des Hilfesuchenden oder seiner unterhaltsberechtigten Angehörigen erheblich verschärft oder zur dauernden würde.

4. Bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit, der Art und des Umfangs der Hilfe bleiben Zuwendungen außer Ansatz, die die freie Wohlfahrtspflege oder ein Dritter zur Ergänzung der öffentlichen Fürsorge gewährt, ohne dazu eine rechtliche oder eine besondere sittliche Pflicht zu haben. Dies gilt nicht, wenn die Zuwendung die wirtschaftliche Lage des Unterstützten so günstig beeinflusst, daß öffentliche Fürsorge ungerechtfertigt wäre.

5. Ebenso soll Personen, die trotz vorgerückten Alters oder trotz starker Beschränkung ihrer Erwerbsfähigkeit unter Anwendung besonderer Tatkraft einem Erwerb nachgehen, ein angemessener Betrag des Arbeitsverdienstes außer Ansatz bleiben, das gilt besonders bei Blinden, Hirnverletzten und anderen Schwerebeschädigten.

Nach den vorstehend angeführten Gesichtspunkten wird nunmehr die Bedürftigkeit des Arbeitslosen geprüft. Ergibt sich auf Grund dieser Prüfung nicht nur die Bedürftigkeit, sondern die Hilfsbedürftigkeit, dann kommt die Unterstützung in Frage. Auf Grund dieser neuen Regelung werden daher mehr als bisher Nebeneinnahmen und sonstige Einnahmen des Arbeitslosen sowie des Einkommens der Angehörigen bei der Beurteilung der Hilfsbedürftigkeit herangezogen werden. Demokritus.

Die Sätze der Arbeitslosenhilfe-Steuer

Die Notverordnung des Hitler-Kabinetts führte auch die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe ein. Dieser Steuer unterliegen alle Lohn- und Gehaltsempfänger und alle Wartegelder, Ruhegelder, Waisengelder oder sonstige Bezüge, die mit Rücksicht auf ein früheres Dienst- oder Arbeitsverhältnis gewährt werden.

Von der Steuer befreit sind Lehrlinge und das Arbeitsentgelt für vorübergehende Dienstleistungen im Sinne des § 168 der Reichsversicherungsordnung und für geringfügige Beschäftigungen im Sinne des § 75 a des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

Eine vorübergehende Dienstleistung im Sinne des § 168 RVO ist u. a. die Beschäftigung von Personen, die überhaupt keine berufsmäßige Lohnarbeit verrichten, sondern nur gelegentlich ausführen, und wenn sie unter einer Woche bleibt, dann von Personen, die berufsmäßig Lohnarbeit verrichten, aber während ihrer Arbeitslosigkeit eine gelegentliche Aushilfe übernehmen und diese auf höchstens drei Tage beschränkt ist.

Eine geringfügige Beschäftigung im Sinne des § 75 a AVAVG ist, wenn in der Woche nicht mehr als 30 Stunden anfallen oder kein höheres wöchentliches Entgelt als 10 M in Frage kommt. Konarbeit infolge Arbeitsmangels gilt nicht als geringfügige Beschäftigung.

Zum Lohn und Gehalt rechnen auch Gewinnanteile, Sach- und andere Bezüge, die statt des Gehaltes oder Lohnes oder neben ihm gewährt werden. Maßgebend ist immer das Bruttoentgelt, also der Verdienst ohne jeglichen Abzug. Die Abgabe beträgt bei einem monatlichen Arbeitsentgelt bis 125 M 1,5 vH, bis 300 M 2,5 vH, bis 700 M für die ersten 300 M 2,5 vH, für den weiteren Betrag 5,75 vH, bis 3000 M 5,75 vH, und über 3000 M 6,5 vH.

Bei Personen, die in der Sozialversicherung oder in der Arbeitslosenversicherung versichert sind, wird die Steuer gleich als Zuschlag zu den Beiträgen erhoben. Für diese Personen gilt noch folgendes: Bei ihnen richtet sich die Abgabe nicht genau nach dem wirklichen Bruttoverdienst, sondern die Steuer wird berechnet vom Grundlohn, wie er sich auf Grund der Lohnstufen, Mitgliederklassen, wirklicher Arbeitsverdienst, ergibt und der nach der RVO für die Beiträge zur Krankenversicherung maßgebend ist.

Abgabepflichtige, die wegen der Höhe ihres Arbeitsverdienstes nicht krankenversicherungspflichtig, aber angestelltenversicherungspflichtig und infolgedessen auch für den Fall der Arbeitslosigkeit pflichtversichert sind, haben die Abgabe in folgender Höhe zu entrichten, und zwar bei einem monatlichen Arbeitsentgelt von mehr als:

300-330 M monatlich	8,35 M	495-530 M monatlich	19,70 M
330-360 M "	10,10 M	530-570 M "	21,85 M
360-390 M "	11,80 M	570-610 M "	24,15 M
390-425 M "	13,70 M	610-650 M "	26,45 M
425-460 M "	15,70 M	650-700 M "	29,05 M
460-495 M "	17,70 M		

Bei Beschäftigten bei Reich, Länder und Gemeinden, deren Arbeitsentgelt durch die Maßnahmen der früheren Notverordnungen gekürzt worden war, beträgt die Abgabe 1,5 vH bzw. bei einem monatlichen Arbeitsentgelt von mehr als:

300-330 M monatlich	4,70 M	495-530 M monatlich	7,70 M
330-360 M "	5,15 M	530-570 M "	8,25 M
360-390 M "	5,60 M	570-610 M "	8,85 M
390-425 M "	6,10 M	610-650 M "	9,45 M
425-460 M "	6,65 M	650-700 M "	10,10 M
460-495 M "	7,15 M		

Die neuen Sätze der Kurzarbeiter-Unterstützung

Die Notverordnung vom 14. Juni d.J. hat den Präsidenten der Reichsanstalt ermächtigt, die Sätze der Kurzarbeiterunterstützung an die neuen Sätze der Arbeitslosenunterstützung anzupassen. Auf Grund dieser Ermächtigung hat der Präsident der Reichsanstalt folgende neuen Unterstützungssätze für Kurzarbeiter mit Wirkung vom 4. Juli 1932 in Kraft gesetzt:

Wöchentliche Kurzarbeiterunterstützung beim Ausfall von 3 Arbeitstagen:

Lohnklasse	Kurzarbeiter ohne Zuschlagsberechtigten Angehörige	Kurzarbeiter mit			
		1 Zuschlagsberechtigten Angehörigen	2 Zuschlagsberechtigten Angehörigen	3 Zuschlagsberechtigten Angehörigen	4 oder mehr Zuschlagsberechtigten Angehörigen
I	0,90	1,10	1,30	1,50	1,70
II	1,—	1,20	1,50	1,60	1,80
III	1,20	1,60	1,90	2,20	2,60
IV	1,50	2,30	3,—	3,70	4,50
V					
VI	2,—	2,80	3,50	4,30	5,—
VII					
VIII	2,50	3,30	4,10	5,—	6,—
IX					
X					
XI					

Wöchentliche Kurzarbeiterunterstützung beim Ausfall von 4 Arbeitstagen:

I	2,—	2,30	2,60	3,—	3,40
II	2,40	2,80	3,20	3,60	4,—
III	2,70	3,40	4,—	4,80	5,40
IV	3,50	4,60	6,—	7,40	9,—
V					
VI	4,—	5,60	7,—	8,60	12,—
VII					
VIII	5,—	6,60	8,20	10,—	15,—
IX					
X					
XI					

Wöchentliche Kurzarbeiterunterstützung beim Ausfall von 5 Arbeitstagen:

I	3,—	3,40	4,—	4,50	5,10
II	3,60	4,20	4,80	5,40	6,—
III	4,10	5,—	6,—	7,—	8,—
IV	5,—	7,—	9,—	11,—	13,50
V					
VI	6,—	8,50	11,50	13,—	17,—
VII					
VIII	7,50	10,—	12,50	15,—	21,—
IX					
X					
XI					

Erläuternd bemerkt der Präsident, daß lediglich die Höhe der Unterstützungssätze geändert, im übrigen aber das materielle Recht der Kurzarbeiterunterstützung, wie es sich aus der Verordnung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt vom 27. August 1931 und den zugehörigen Erläuterungen ergibt, unberührt geblieben ist. Insbesondere ist deshalb beim Kurzarbeiter eine Prüfung der Hilfsbedürftigkeit nicht erforderlich.

Einheitsfront der Sozialpolitiker

Die deutsche Arbeiterschaft hat jetzt einen beispiellosen schweren Wahlkampf zu bestehen. Er soll entscheiden, wie künftig das deutsche Volk regiert und wie seine arbeitenden Schichten ausgebeutet werden sollen. Vor allem geht es um die sozialpolitischen Einrichtungen. Das Unternehmertum hofft, sie mit Stumpf und Stiel ausrotten zu können. Hierfür werden die Nazis gehetzt und bewaffnet. Dies muß selbst bürgerliche Leute mit sozialem Gewissen empören und zur Abwehr aufrufen. Damit hat Professor Dr. L. Jastrow in der „Sozialen Praxis“ (Nr. 28) begonnen. Er wird darin von dem christlichen Sozialpolitiker, Prälat Dr. A. Pieper unterstützt. Dessen Aufsatz ist beachtenswert. Er schreibt:

„Das Wesen der deutschen Arbeiterbewegung ist der Befreiungskampf der Arbeiter aus dem Mannbarkeitsdrange zur vollen Mündigkeit der Wirtschaftsbürger, Staatsbürger, Kulturvolksbürger. Die Arbeiter, welche sich gewerkschaftlich, vereinsmäßig politisch organisierten, sind deshalb nicht gewillt, um das Linsengericht von herrschaftlichen Fürsorgeeinrichtungen der Unternehmer oder obligatorischer Wohlfahrtspflege auf den Aufstieg zu vollbürtiger Freiheit im Volke zu verzichten. Sie verlangen gleichberechtigten Anteil an der Verantwortung für die deutsche Sozialpolitik und für die Selbstverwaltung aller Wohlfahrtspflege.“

Dr. Pieper erklärt weiter, daß Ferdinand Lasalle und Karl Marx in prophetischer Schau die geschichtliche Sendung der Arbeiterbewegung gesehen hätten. Dieser Begriff wird von Pieper noch folgendermaßen umrissen:

„Die geistige Selbstbefreiung von der mangelnden Selbstachtung des keine Selbstverantwortung übernehmenden Knechtes, Hörigen, Unmündigen, der darum von seinem Herrn, der vor der Gesellschaft die Verantwortung für sein Tun und Lassen trägt, kontrolliert, kommandiert werden muß, nennen wir den Sinn der geschichtlichen Sendung der Arbeiterbewegung.“

Wir begrüßen diese Einheitsfront der Sozialpolitiker und sehen in ihr ein Vorzeichen dafür, daß der mit Lüge und Verleumdung gestützte Feldzug der Reaktion abgeschlagen wird. Das muß am 31. Juli geschehen.

Die neue Arbeitslosenhilfe sowie die Notmaßnahmen über Steuer, Sozialrecht und Rechtspflege, Notverordnung vom 14. Juni 1932. Texte und Erläuterungen. 40 Seiten Din A 4. Preis kart. 1,20 M. Industrie-Verlag Speth & Linde, Berlin W 10, Wien 1.

Gut rasiert - gut gelaunt durch **GEG-Rasiercreme** nach kosmetischen Erfahrungen abgestimmt, erfrischt die Gesichtshaut, ist sparsam im Verbrauch.

Zu haben in Ihrem **Konsumverein**.

Besserung der deutschen Eisenindustrie

Die Eisenindustrie hat neben dem Baugewerbe den stärksten Rückgang erfahren. Zu Anfang 1932 betrug die Erzeugung der deutschen Eisenindustrie nur noch etwa 30 vH der Durchschnittserzeugung des Jahres 1929. Zum ersten Mal seit langer Zeit sind aber in der Schwereisenindustrie Arbeiter neu eingestellt worden. Im zweiten Vierteljahr konnte die Erzeugung gesteigert werden. Die arbeitstäglige Roheisenerzeugung betrug im ersten Vierteljahr 1932 11000 Tonnen. Im Mai dagegen 12300 Tonnen. In dem gleichen Zeitraum erhöhte sich die arbeitstäglige Rohstahlerzeugung von 17200 auf 27100. Zu einem erheblichen Teil ist diese Produktionssteigerung auf Aufträge Sowjetrußlands zurückzuführen. Aber auch im Inland fand eine geringe Belebung statt.

Sieht man die Roheisenerzeugung im internationalen Maßstab, so ergibt sich, daß in den übrigen Ländern keine Besserung eingetreten ist. Die Roheisenproduktion in Deutschland betrug im ersten Vierteljahr 1932 (1929 = 100) 29,9 und im Mai 42,8. Hingegen in den Vereinigten Staaten 27,5 und 22,2 und in England 52,2 und 49,8. Den tiefsten Stand der Produktion hat Polen mit 17,0. Eine Besserung in der Eisen- und Stahlindustrie war in normalen Zeiten ein Zeichen der allgemeinen Besserung. Diesen Maßstab kann man allerdings heute nicht mehr anlegen.



Gewaltige Mengen Waren würden enorm billig erworben!

Deshalb jetzt diese rätselhaften Preise!

Diese Preise sind sofort gültig, wenn ein Infanzat mit höheren Preisen erscheint. Befreien Sie alle in Ihrem Interesse sofort!

Abgabe an jeden Besteller von jedem Artikel bis 50 Meter bzw. 5 bis 20 Dugend oder 30 Stk. Keine Abgabe an Wiederverkäufer.

- 10. **Angedrehtes Baumwolltuch**, selbste Sorte, aus guten Garnen, 75 cm, per Meter **-15**
 - 11. **Angedrehtes Baumwolltuch**, besonders selbste, gleichmäßig bündelichte Sorte, 75 cm, per Meter **-21**
 - 12. **Angedrehtes Baumwolltuch**, prima, fast unzerwählbar im Gebrauch, 75 cm, per Meter **-23**
 - 13. **Weißes Semdentuch**, selbste Sorte, weiß gebleicht, 70 cm, per Meter **-17**
 - 14. **Weißes Semdentuch**, sehr selbste, gleichmäßig gebleicht, 70 cm, per Meter **-23**
 - 15. **Weißes Semdentuch**, ganz vorzügliche, gleichmäßig gebleichte Sorte, für sehr gute Wäsche, 80 cm, per Meter **-27**
 - 16. **Semdenflanell**, besonders reißfeste, überaus haltbare, gute Sorte, garantiert einfarbige Kämme, 75 cm, per Meter **-26**
 - 17. **Semdenjeffe**, sehr selbste und halber, Kämme gebleichte, wackelige Muster, 70 cm, per Meter **-26**
 - 18. **Sakentücher**, weiß, selbste Sorte mit Kamm, 30x50 cm, per 1/2 Duzend **-50**
 - 19. **Sakentücher**, gute, haltbare Qualität, 45x45 cm, per 1/2 Duzend **-50**
 - 20. **Stratierhandtücher**, aus gutem, feinstem Stoff, mit höchsten eingewickelten Kammern, 40x60 cm, per Stk. **-29**
 - 21. **Weißes Semdentuch**, gute, selbste, mittelbündelichte bündelichte Sorte, für gute Wäsche, 75 cm, per Meter **-21**
- Besonderer **Wahnschmerzpreis!**
21. **Weißes Semdentuch**, gute, selbste, mittelbündelichte bündelichte Sorte, für gute Wäsche, 75 cm, per Meter **-21**
- Bestand erfolgt per Rechnung von RM. 10.— an, sofortige Lieferung von RM. 10.— an.
- Meine Garantie: Auf Wunsch jederzeitige Rückgabe des Geldes bei ungenügender Qualität.
- Telef. 9011, Heiden 84 (SW.)**
- Größtes Schweizer Spezialversandhaus der Welt
- ausp. mit eigenen Schweregeschichten — mit eigenem Fabrikationswerk!
- 4000 Arbeiter und Angestellte.

Kollektive Kraft der ENERGIE

Billige böhmische Bettfedern

1 Pfund grüne, gelbe, weiße, braune Bettfedern 80 Pfg. bessere Qualität 90 Pfg. hellweiße, Saubere, 1 M 20, 1 M 25, 1 M 30, 1 M 35, 1 M 40, 1 M 45, 1 M 50, 1 M 55, 1 M 60, 1 M 65, 1 M 70, 1 M 75, 1 M 80, 1 M 85, 1 M 90, 1 M 95, 1 M 100, 1 M 105, 1 M 110, 1 M 115, 1 M 120, 1 M 125, 1 M 130, 1 M 135, 1 M 140, 1 M 145, 1 M 150, 1 M 155, 1 M 160, 1 M 165, 1 M 170, 1 M 175, 1 M 180, 1 M 185, 1 M 190, 1 M 195, 1 M 200.

Kauft bei unseren Inserenten unseres Blattes

IS-Betten

Arbeitsanzeigen

MERKUR

WÜRZBURG 104

ALLES BILLIGER!

Elektronen- und Radioschule

Größer Preisbau! Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund grüne, gelbe, weiße, braune Bettfedern 80 Pfg. bessere Qualität 90 Pfg. hellweiße, Saubere, 1 M 20, 1 M 25, 1 M 30, 1 M 35, 1 M 40, 1 M 45, 1 M 50, 1 M 55, 1 M 60, 1 M 65, 1 M 70, 1 M 75, 1 M 80, 1 M 85, 1 M 90, 1 M 95, 1 M 100, 1 M 105, 1 M 110, 1 M 115, 1 M 120, 1 M 125, 1 M 130, 1 M 135, 1 M 140, 1 M 145, 1 M 150, 1 M 155, 1 M 160, 1 M 165, 1 M 170, 1 M 175, 1 M 180, 1 M 185, 1 M 190, 1 M 195, 1 M 200.